

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- *Afghanistan: USA und Nato spielen mit dem Feuer – S. 4*
- *Stuttgart 21 beschlossen: Von der Hauptstadt Württembergs zur Stadt in Europa – S. 7*
- *Kölner Moscheediskussion: Wie geht die Linke mit Partizipation, Toleranz und Religionsfreiheit um – S. 12*
- *Tarifikampf Einzelhandel: Warnstreiks zeigen Wirkung – S. 16*
- *Wie aus einer Straßenumbenennung eine Bekenntnisfrage wird – S. 18*

Ausgabe Nr. 15-16 am 26. Juli 2007, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BIZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Gleicher Lohn?

Handelsblatt, 19.7. rül. Die EU-Kommission überlegt neue Vorschriften auf den Gebieten Arbeitszeit, Entlohnung und Vaterschafts-/Mutterschaftsurlaub. Hintergrund ist unter anderem eine neue Studie über die Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen. Danach verdienen im EU-Durchschnitt Frauen 15 Prozent weniger als Männer. Die Bundesrepublik ist das viertschlechtesten EU-Land in diesem Ranking: hier verdienen Frauen im Schnitt 22 Prozent weniger. Generell sei der Lohnunterschied größer, je niedriger die Frauenerwerbsquote ist, so die EU. Deutschland hat zudem nach den Niederlanden die höchste Teilzeitquote bei Frauenjobs. Die EU-Kommission vermutet, dass ein wichtiger Grund für den hohen Anteil der schlecht bezahlten Jobs für Frauen in schlechten Regelungen für die Aufzucht der Kinder, damit verbunden fehlender Weiterbildung und Karriereunterbrechungen liegt. Noch krasser sei die Situation bei Leitungspositionen, so die EU. So ist in den Vorständen der deutschen Dax-Unternehmen keine einzige Frau. Auch die ILO hatte im April eine Studie zu dem Thema vorgelegt. Ihr Ergebnis: Frauen hätten nur dann Chance auf eine gleichberechtigte Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt, wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert würde. Nächstes Jahr sollen die Vorschläge der EU vorgelegt werden. Die Reaktionen aus Kreisen von FDP und Unternehmen kann man sich schon ausmalen. Ihr Problem: liberale Musterländer wie die USA und die Schweiz machen schon jetzt öffentliche Aufträge an private Unternehmen davon abhängig, dass diese sich nicht nur verpflichten, einem Ungleichgewicht in der Bezahlung von Männern und Frauen entgegen zu wirken, sondern auch praktische Taten dafür nachweisen.

Arme gehen weniger zum Arzt

www.bundestag.de, 6.7. alk. Die Fraktion der Linkspartei im Bundestag hat einen Antrag gestellt (16/6033), dass die Zuzahlungsbefreiung für Versicherte im Gesundheitswesen wieder eingeführt wird. Sie war 2004 abgeschafft worden. Interessant sind die Untersuchungen, mit denen die Linksfraktion ihren Antrag begründet:

„Eine Studie des DIW Berlin von Oktober 2005 auf der Grundlage der Daten des sozio-ökonomischen Panels zeigt abhängig vom Einkommen sehr große Unterschiede in der Lebenserwartung auf: „Geht man von der mittleren Lebenserwartung ab 18 Jahren aus, dann beträgt bei Männern der Abstand zwischen der niedrigsten und

höchsten Einkommensgruppe etwa 14 Jahre. Bei den Frauen beläuft sich der Unterschied immerhin noch auf acht Jahre.“

Nicht nur die Mortalität, sondern auch die Morbidität wird von der Einkommenssituation maßgeblich beeinflusst. Leider scheint sich der Zusammenhang nicht abzuschwächen: „Das soziale Gefälle bei der Erkrankungshäufigkeit und den Sterberaten nimmt eher zu als ab“, schlussfolgert die im Juli 2006 erschienene „Gesundheitsberichterstattung des Bundes“, die im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit und soziale Sicherung erfolgte. Die Gesundheit hängt natürlich von vielen Lebensumständen ab und ist nicht singular auf die Versorgung im Krankheitsfall zurückzuführen. Jedoch ist die Gesundheitsversorgung ein wesentlicher Faktor; daher ist es Aufgabe der Gesundheitspolitik, Zugang zu medizinischen Leistungen insbesondere den benachteiligten Menschen mit geringem Einkommen zu ermöglichen.

Ein Vergleich der Untersuchungen im Rahmen des Bertelsmann-Gesundheitsmonitors von März/April 2003 und März/April 2006 zeigt, dass bei einem Einkommen von unter 500 Euro sich die Zahl der Arztkontakte um über 30 Prozent, bei einem Einkommen von 500 bis 999 Euro um knapp 20% reduziert hat. In der Gruppe mit einem Einkommen von 2000 bis 2499 Euro blieb diese Zahl etwa gleich, während diejenigen mit mehr als 5000 Euro monatlichem Einkommen fast 40% häufiger zum Arzt gingen. Hier liegt eine offenkundige Fehlsteuerung vor.

Zuzahlungen als Steuerungselement benachteiligen Kranke und hier wiederum ärmere Menschen stärker als wohlhabende. Mit dem GKV-Modernisierungsgesetz wurden im Jahr 2004 im Bereich der Gesetzlichen Krankenversicherung neue Zuzahlungsregelungen eingeführt. Seitdem müssen alle Versicherten im Regelfall 2% ihres Einkommens, falls chronische Krankheiten vorliegen 1% ihres Einkommens zuzahlen, unabhängig davon, wie hoch das Einkommen des Betroffenen ist.

Diese Regelung hat sozialpolitisch fatale Folgen nach sich gezogen und hat negativen Einfluss auf die Versorgung der Betroffenen. Auch die vorher vollständig von Zuzahlungen befreite Gruppe der Personen mit sehr geringem Einkommen ist seitdem verpflichtet, für benötigte Medikamente, Hilfsmittel, Heilmittel, stationäre Aufenthalte, Fahrtkosten und Zahnersatz Eigenanteile zu übernehmen. Das GKV-Modernisierungsgesetz schuf sogar noch eine neue Zuzahlungsart: Durch die Praxisgebühr sind ab 2004 auch für die Inanspruchnahme eines Arztes, Zahnarztes und der Notfallversorgung jeweils 10

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

Euro pro Quartal zu zahlen. Dies führte nicht nur zu einer weiteren Verarmung von Teilen der Bevölkerung, sondern in vielen Fällen durch Nicht-Inanspruchnahme zu einer schlechteren Versorgung dieser Personengruppe.“

Nationales Recht gegen EU-Recht

FAZ, 18.7. hav. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Papier, hat dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) eine mangelnde Beachtung des Subsidiaritätsprinzips vorgeworfen. Dieses Prinzip verlange, dass die EU ihre Kompetenzen nur ausüben dürfe, wenn die Mitgliedstaaten einer Aufgabe nicht ausreichend gerecht werden könnten. „Dies ist schon geltendes Recht, wird aber in der Praxis nicht immer ausreichend beachtet“, sagte Papier der „Börsezeitung“. „Dies gilt auch für die Rechtsprechung des EuGH.“ Auch Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) hatte den Luxemburger Richtern kürzlich vorgeworfen, sie entschieden inzwischen über Dinge, die nach wie vor in nationaler Souveränität lägen (FAZ vom 4. Juli). Die EU habe schließlich keine Allzuständigkeit, unterstrich Papier. So sei die Regelung der sozialen Sicherungssysteme oder der direkten Steuern grundsätzlich nicht ihre Aufgabe. Doch hätten die Europarichter auch auf diesen Gebieten der nationalen Gesetzgebung Grenzen gesetzt, indem sie die europäischen Grundfreiheiten herangezogen hätten. Würden allerdings die Kompetenzen der Gemeinschaft überschritten, warnte der Gerichtspräsident, dürften diesbezügliche Rechtsakte nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht umgesetzt werden.

Merkel: EU soll über Schutz wichtiger Industrien diskutieren

Reuters/FAZ, 16.7. hav. Deutschland und Frankreich wollen in der Europäischen Union (EU) eine Diskussion über den Schutz bestimmter Industrien und Firmen vor unliebsamen Investoren aus dem Ausland starten. Kanzlerin Angela Merkel sagte am Montag nach einem Treffen mit dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy in Toulouse, sie habe mit diesem verabredet, das Thema im europäischen Rahmen zu beraten. Es gehe ihr insbesondere um Staatsfonds aus China und anderen Ländern, die verstärkt als Investoren aufträten. Nachdenken müsse man über den Umgang mit Ländern, die zum Teil für Investitionen nicht in dem Maß offen sind, wie das innerhalb der EU üblich sei. Der Vorstoß von Bundeskanzlerin findet in der Industrie wenig Zustimmung. „Eine europäische Lösung zum Schutz vor ausländischen Staatsfonds sehe ich sehr skeptisch“, sagte Heinrich Weiss, der Hauptgesellschafter

des Düsseldorfer Hüttenwerksbauers SMS-Gruppe und frühere Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie. Bei einer europäischen Lösung müsse man fürchten, dass es zu weitgehenden Regeln komme, die gerade der deutschen Volkswirtschaft schaden.

Griechenland: Streit um deutsche Rüstungsexporte

Handelsblatt, 20.7. rül. Schon fast in der „Sommerpause“ traf Kanzlerin Merkel am 21.7. in Athen mit dem konservativen griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis zusammen. Es gibt Streit, unter anderem um die Bezahlung deutscher Rüstungsprodukte. Die EADS hofft auf den Auftrag für 30 Eurofighter. Bei der HDW-Werft in Kiel liegt seit drei Jahren ein U-Boot auf Halde. Bereits 2004 getauft, wird es seitdem wegen technischer Mängel von der griechischen Regierung nicht abgenommen, also auch nicht bezahlt. Ebenfalls auf Halde liegt ein Auftrag für drei weitere U-Boote, die von der griechischen Werft Hellenic Shipyard gefertigt werden sollten. Auch diese Werft gehört, wie HDW, zu Thyssen-Krupp. Auch hier macht die griechische Regierung technische Mängel geltend. Auch bei anderen Rüstungsaufträgen ist aus Sicht der deutschen Industrie die griechische Regierung im Rückstand, u.a. beim Auftrag zum Bau von vier Kanonenbooten, bei der Modernisierung von sechs Freigattungen und drei älteren U-Booten. Auch 170 Panzer, bereits bei Krauss-Maffei Wegmann (KMW) bestellt, die bis 2009 geliefert werden sollten, können nicht geliefert werden, weil die griechische Regierung auch hier technische Mängel festgestellt hat. Realer Hintergrund des Streits aber dürfte die griechische Haushaltslage sein. Weil bei der EU ein Defizitverfahren gegen die griechische Regierung läuft, verzögert diese die Vergabe und Zahlung von Rüstungsaufträgen. Nun muss Merkel wählen: Fortsetzung des strikten Defizitverfahrens gegen Griechenland oder mehr deutsche Rüstungsexporte?

Destabilisierung

FAZ, 23.7. maf. Bislang sieht die neuere deutsche Ideologie in der Zerstörung Jugoslawiens ihr Meisterstück, war es doch gelungen, mit dem minimalen Lockmittel der Anerkennung der Teilrepubliken den notwendigen und schwierigen Umbau der staatssozialistischen Ordnung auf das Gleis der Sezessionskriege zu stoßen, die den Zerfall Jugoslawiens in Teilrepubliken mit sich brachte, die von den Westmächten, namentlich der BRD, hegemonial zurechtgekniet werden können. Der Krieg gegen „Rest-Jugoslawien“ wegen des Kosovo endete mit dem Untergang der jugoslawischen Militärmacht, führt aber

ins völkerrechtliche Nichts. Eine Anerkennung des Kosovo als separierte Republik scheitert am Veto, das Russland im UN-Sicherheitsrat einlegen würde. Angeblich planen nun die USA, ein unabhängiges Kosovo, das im November ausgerufen werden soll, einseitig anzuerkennen. Davor schrickt der Leitkommentar der FAZ (23.7.) zurück mit einem dort neuen Argument: „Im Zuge der Bevölkerungsveränderungen in Europa kann niemand absehen, welche Minderheit plötzlich wo welche Ansprüche erhebt und Unruhe in die ganze EU bringt. Amerika hat mit seinem Versuch, „nation-“ oder „state-building“ zu betreiben, nachweisliche nicht überall eine glückliche Hand. Die Europäer sollten vorsichtig sein, ob sie die ihre dazu reichen.“ – Wie? Waren es nicht die europäischen Natostaaten, allen voran die BRD, die die USA in die Zerstörung Jugoslawiens regelrecht hineingezogen hatten? Ist nicht die BRD am Zuge, ihre diplomatischen und vertriebenenverbändlichen Finger aus den Nachbarländern herauszuziehen?

Ein knorriger Freund ist tot: Graf Einsiedel

Neues Deutschland, 24.7. René Heilig. Man war immer – so sehr man auch gegen Schablonen ankämpfen mochte – versucht, in ihm den Ur-Enkel Bismarcks zu sehen. Der er ja war! Sein Auftreten, seine etwas knorrige Art, sorgsam darauf bedacht, sich nie (wieder) missbrauchen zu lassen, erinnerte an die besten Werte, die man einem Preußen nachsagen kann. Heinrich Graf von Einsiedel ist tot. Er starb, wie ND von seinem Sohn erfuhr, bereits am 18. Juli in München, eine Woche vor seinem 86. Geburtstag. Den wohl treffendsten Titel hat er von der „Süddeutschen Zeitung“ erhalten. Die Kollegen nannten ihn den „abgefahrensten Revoluzzer des 20. Jahrhunderts“. Mehr Ehrung kann er nicht erhalten haben. Aufgewachsen in einem bürgerlichen Elternhaus, her- und hingerissen zwischen deutschem Nationalstolz und Hitler-Opposition, wurde aus dem jungen Mann einer von Görings „Assen“. Bis ihn ein Geschoss aus einer sowjetischen Kanone im Wortsinne auf den Boden der Realitäten holte. Aus dem Jagdflieger wurde ein Widerständler. Einsiedel schloss sich dem Nationalkomitee Freies Deutschland und dem Bund deutscher Offiziere an. Kaum jemand war berufener, Kriege als das zu benennen, was sie sind: massenhafter Mord! Einsiedel, der sich zunächst in der sowjetischen Besatzungszone als Journalist versuchte, dann in den Westen ging, ließ sich im hohen Alter zu einer Bundestagskandidatur überreden. Zwischen 1994 und 1998 stand er in den Reihen der PDS im obersten deutschen Parlament für Frieden ein. *Zusammenstellung: alk*

USA und Nato spielen mit dem Feuer

Ein ehemaliges hochrangiges Mitglied des britischen Verteidigungsministeriums warnte vor einigen Tagen in der Zeitung „Observer“, dass die Situation in Afghanistan weitaus besorgniserregender sei, als man wahrhaben wollen. Zuvor hatte der frühere Chief of the Defence Staff (CDS), Lord Inge – Inge gehört zu den Ex-Militärs, die den Militäreinsatz in Afghanistan von Anfang an öffentlich kritisiert haben –, vor dem englischen Oberhaus die britische Regierung gewarnt, dass ein Scheitern der westlichen Truppen in Afghanistan schlimmere Konsequenzen habe als ein Scheitern im Irak. Denn, so Inge: „Wenn wir in Afghanistan scheitern, fällt Pakistan“, und dann werde man die Ausweitung des regionalen Krieges, den Zerfall der Staatlichkeit und die Entfaltung eines den ganzen Mittleren Osten ergreifenden Krieges zwischen Sunniten und Schiiten nicht mehr aufhalten können. Derzeit steht ein All-Parteien-Bericht eines Unterhaus-Ausschusses vor der Veröffentlichung, der Vorberichten zufolge die „Warnung der Generäle“ untermauern soll.¹

Nur wenige Tage später, die US-Geheimdienste hatten gerade den Westen Pakistans in einer gemeinsamen Studie als Fluchtbürg Bin Ladens herausgestellt, antwortete Bushs Beraterin für „Heimatschutz“, Frances Townsend, in einem Radio-Interview auf die Frage, wie man Al-Qaida aus dieser „Fluchtbürg“ vertreiben könne: „Der Präsident hat sich klar ausgedrückt. Keine Option ist vom Tisch, denn Aufgabe Nummer Eins ist der Schutz des amerikanischen Volkes, und nichts wird uns dabei im Wege stehen.“² „Keine Option ist vom Tisch – so redet das Weiße Haus, wenn es militärische Wege in Erwägung zieht“, interpretiert die „Welt“ die Äußerung und führt im Folgenden aus: „Nato könnte in Krieg mit Atommacht Pakistan geraten“. „Wir schließen ganz gewiss keine Optionen aus, und wir halten insbesondere an der Option fest, erreichbare Ziele anzugreifen“, erklärte jüngst auch der Sprecher des Weißen Hauses, Tony Snow.³ Zuvor hatte die den Demokraten nahe stehende „Washington Post“ in einem redaktionellen Leitartikel lautlos nach einer Militärintervention in Pakistan

verlangt: „Wenn die pakistanischen Streitkräfte nicht in der Lage – oder nicht willens – sind, die Schutzgebiete von Al Qaida auszuschalten, muss Präsident Bush gezielte Schläge oder Geheimoperationen amerikanischer Kräfte anordnen, wie er es in den vergangenen Jahren mehrfach getan hat. Mit solchen Aktionen riskiert man, Pakistan noch mehr zu destabilisieren. Aber solche Risiken müssen abgewogen werden gegen die Folgen eines neuen Großangriffs auf amerikanischem Boden.“

Und auch diese aktuelle Meldung aus Berlin gehört zum Thema, der drohenden Eskalation des Krieges: Der Bundessicherheitsrat hat Mitte Juli in geheimer Sitzung beschlossen, „Pakistan über weitere Rüstungszusammenarbeit im Kampf gegen die afghanischen Taliban (zu) unterstützen“, und „einem großen Rüstungsprojekt zur Modernisierung von knapp 250 gepanzerten Mannschaftstransportwagen M113 der pakistanischen Streitkräfte zugestimmt“. Damit werde, so die Bundesregierung, der Kampf der pakistanischen Streitkräfte gegen die Rückzugsbasen der afghanischen Taliban im pakistanischen Grenzgebiet unterstützt.⁴

Über die Vorgänge im Zusammenhang der blutigen Erstürmung der Roten Moschee mitten in Islamabad (Bild S. 5) in unmittelbarer Nachbarschaft des Regierungsviertels, bei der offiziell 102 Menschen, inoffiziell mehrere hundert zu Tode kamen, ist einiges spekuliert worden. So soll die pakistanische Regierung nur zum Schein mit den Kor-

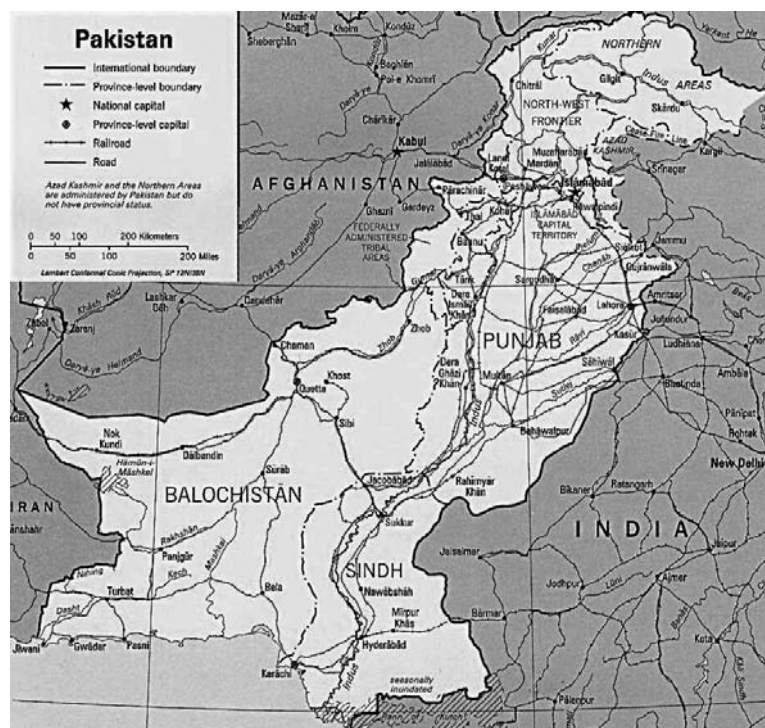
anschülern, die die Moschee besetzt hielten, verhandelt und ihre Kapitulation abgelehnt haben, um mit der „militärischen Lösung“ ein Fanal zu setzen. Tatsache ist, dass die Erstürmung zu einer Kette von Kampfhandlungen im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet geführt hat. Die Regierung verstärkte ihre 80.000 Soldaten in diesem Gebiet, Aufständische antworteten mit Anschlägen auf Truppentransporte und Selbstmordattentaten, die Armee kesselte eine ganze Stadt ein, um Demonstrationen gegen die Erstürmung der Roten Moschee niederzuschlagen, Stammesführer in Nord-Wasiristan kündigten ein im September 2006 mit der Regierung abgeschlossenen Friedensabkommen.⁵

Instrumentalisierung religiöser Bewegungen und ihre Folgen

Es bestürzt, dass die westliche Kriegskoalition aus der Tatsache, dass der Krieg in Afghanistan weder Wiederaufbau und Modernisierung des Landes befördert noch Terrorismus die Grundlage entzieht, offenbar nur die Schlussfolgerung ziehen, den Krieg auszuweiten. Eine Intervention der USA/Nato im pakistanischen Grenzgebiet würde nicht nur den „Frontstaat“ Pakistan endgültig in den Afghanistan-Krieg hineinziehen, sondern würde die inneren Widersprüche der pakistanischen Gesellschaft in einer Weise verschärfen, die unabsehbare Folgen hätte.

In Pakistan leben derzeit ca. 168 Mio. Menschen (zum Vergleich Afghanistan: 28,8 Mio., Irak: 26 Mio.). Ein erheblicher und schnell wachsender Teil ballt sich in Großstädten, die teilweise unregierbar sind (darunter acht Millionenstädte), daneben existieren ländliche Regionen, die durch Stammesstrukturen geprägt sind (tribal areas) und sich staatlicher Kontrolle entziehen. Eine aufschlussreiche SWP-Studie⁶ beschreibt die Komplexität der pakistanischen Gesellschaft so:

„Hinzu kommt, dass Pakistan trotz diverser Anlagen zum Staatsversagen durchaus über intakte gesellschaftliche Institutionen verfügt: über eine nuklear gerüstete, schlagkräftige Armee, die als korporativer





Schwarze Wolken über Islamabad

Akteur auch die politischen Entscheidungsprozesse bestimmt, einen bürokratischen Apparat mit Eigensinn und ein international vernetztes Bürgertum, das es trotz politischer Ohnmacht zu einigem Wohlstand gebracht hat und dessen innenpolitisches Gewicht wächst. Zu den ‚funktionierenden‘ gesellschaftlichen Institutionen gehören aber auch eine islamische ‚Parallelgesellschaft‘, die in vielen gesellschaftlichen Bereichen die Bereitstellung öffentlicher Güter übernommen hat, sowie eine Vielzahl von nichtstaatlichen Gewaltakteuren zumeist religiöser Orientierung, die auch jenseits der Grenzen Pakistans für Unruhe sorgen. (...) Das Land befindet sich mitten in einem gewaltigen Modernisierungsprozess, den seine politischen Institutionen nur sehr unzureichend kanalisieren können. An ihre Stelle treten funktionale Äquivalente, die jedoch zumindest zum Teil außerhalb der staatlichen Rechtsordnung operieren.“ (S. 7)

Gemeint sind hier die zahlreichen religiösen Institutionen, nicht zuletzt die in großer Zahl entstandenen und soziale Aufstiegsmöglichkeiten bietenden Koranschulen – Medressen – und Wohlfahrtseinrichtungen, die von religiösen Bewegungen getragen werden. Deren soziale Basis sind weniger rückständige feudale Kräfte, wie oft angenommen wird, sondern wesentlich durch die Modernisierungsprozesse betroffene und die Transformation tragenden Schichten wie vor allem das städtische Kleinbürgertum und die Angehörigen technischer Berufe.

Die besondere Problematik Pakistans liegt darin, dass der gewaltige gesellschaftliche Modernisierungsprozess durch Faktoren überlagert wird, die zu einer Militarisierung der religiösen Bewegungen, zu ihrer Verflechtung mit dem internationalen Terrorismus und zu gefährlichen Gewaltkonflikten geführt haben. Eine maßgebliche Ursache dafür ist, neben den vom Kolonialismus geerbten Konflikten, insbesondere der

Kaschmir-Frage, die Instrumentalisierung der traditionellen religiösen Bewegungen durch den Staat, d.h. vor allem Armee und Geheimdienst, und auch durch auswärtige Staaten spätestens seit den frühen 1980er Jahren. Seit dieser Zeit, genauer seit der Machtübernahme durch die Mullahs im Iran 1978/79, der sowjetischen Intervention in Afghanistan ab Ende 1979 und dem ersten Golfkrieg zwischen Iran und Irak (1980 bis 1988), ist Pakistan zu einem Zentrum einer grenzüberschreitenden Gewaltökonomie geworden. Hier wurde schon seit den 70er Jahren den späteren Jihadisten gegen die Sowjetunion Unterschlupf gewährt, hier wurden sie ausgebildet. Die USA, aber auch Saudi-Arabien und Iran, versorgten afghanische Mudschaheddin und pakistanische Jihad-Gruppen, die rasanten Zulauf gewannen und von Geheimdienst und Armee u.a. auch im Kaschmir-Konflikt eingesetzt wurden, mit Schulungsmaterial, das zu Hass und Gewalt aufstachelte, bildeten sie militärisch aus und rüsteten sie mit modernsten Waffen aus.

Diese Militarisierung religiöser Bewegungen ist längst jeglicher Kontrolle entglitten. Sie ist um so gefährlicher, darauf spielte die eingangs zitierte Warnung britischer Ex-Militärs an, als sich ebenfalls seit den 80er Jahren im Gefolge der Ereignisse im Iran und des ersten Golfkriegs ein Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten entwickelt, der bis dahin in Pakistan praktisch keine Rolle spielte. Welche Sprengkraft dem Konfessionskonflikt schon damals zugemessen wurde, geht auch daraus hervor, dass Informationen über den Anteil der Konfessionen an der Bevölkerung und v.a. der Armee als geheime Verschluss-sache galt und weiter gilt. Ungeachtet des Versuchs, ihn durch Tabuisierung zu deckeln, nimmt der Konflikt seit den 90er Jahren zunehmend die Form des bewaffneten Kampfes an. Er wird ständig weiter angeheizt und entlädt sich immer öfter auch in Selbstmordattentaten mit einer großen Zahl von Toten und in bürgerkriegsartige Situationen in den pakistanischen Großstädten.

Es ist dringlich an der Zeit – das betrifft die Friedensbewegung und insbesondere Die Linke mit ihrer Bundestagsfraktion –, Vorschläge für eine friedliche Lösung auszuarbeiten. Die Unterstützung der Bewegung für den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ist ein erster, notwendiger, aber nicht ausreichender Schritt. *Christiane Schneider*

1 Wiedergegeben nach: Thomas Pany, Erst Afghanistan, dann Pakistan, Telepolis 16.7.

2 Zitiert nach: Torsten Krauel, Pakistan, die neue Front in Bushs Terror-Kampf, Welt-online, 22.7.

3 Zitiert nach: Knut Mellenthien, Washington: Diskussion um weitere Militärintervention nach dem Sturm auf die Rote Moschee in Islamabad, Junge Welt, 20.7.

4 Wirtschaftswoche 30/2007, 21.7. Bereits im

April war bekannt geworden, dass ein deutsches Lieferkonsortium, unterstützt von der Bundesregierung, mit der pakistanischen Marine über die Konstruktion und die Lieferung von drei Materialpaketen zum Bau von drei U-Booten verhandelt. Geliefert werden sollen die mit Brennstoffzellentechnologie ausgestatteten, also die modernsten auf dem Markt befindlichen konventionellen U-Boote.

5 Der Afghanistan-Experte Thomas Rüttig von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) stellt im „Freitag“ (20.7.) die Behauptung auf, dass die USA im letzten Herbst über dieses Abkommen „entsetzt“ gewesen seien und weitere Abkommen mit Stammesfürsten in den Provinzen Süd-Waziristan und Bajaur gezielt durch Luftangriffe auf Koranschulen mit Dutzenden Toten verhindert hätten.

6 Boris Wilke, Die religiösen Kräfte in Pakistan, Dynamik von Politik und Religion in der Weltgesellschaft, SWP-Studie S10, April 2006, <http://www.swp-berlin.org/de/produkte/swp-studie.php?id=5741>

Wahlen in der Türkei

Zwei-Drittel-Mehrheit für eine Fortsetzung des EU-Beitrittsprozess

Die auf den 22. Juli vorgezogenen Parlamentswahlen in der Türkei haben der islamischen Partei AKP einen Wahlerfolg beschert, wie ihn die Türkei seit über vier Jahrzehnten nicht mehr erlebt hat. Mit fast 47 Prozent erreichte die AKP einen um über 12 Prozent höheren Stimmenanteil als 2002 (34,3 Prozent) und stellt künftig 340 der 550 Abgeordneten in der Nationalversammlung. Die kemalistische CHP errang 20,5%, 1,1 Prozent mehr als 2002, und kommt auf 112 Mandate. Die faschistische MHP, offensichtlich begünstigt durch das Militär und die kemalistischen Proteste der letzten Wochen, kam mit 14,3% in das Parlament. Sie stellt 71 Abgeordnete. 2002 war die MHP noch mit 8,3% an der 10-Prozent-Hürde gescheitert. Die verbleibenden 27 Sitze fielen an unabhängige Kandidaten, von denen die meisten zur pro-kurdischen Demokratie-Partei DTP gehören. Da CHP und MHP zusammen nur etwa ein Drittel aller Stimmen erhielten und im Wahlkampf auch offen gegen die EU polemisierten, kann man sagen: Zwei Drittel aller Stimmen wurden für eine Fortsetzung des EU-Beitrittsprozesses abgegeben. Das ist das Hauptergebnis. Die Türkei will in die EU, das steht nun ohne Wenn und Aber fest.

24 kurdische Abgeordnete

24 der ins neue Parlament gewählten unabhängigen Kandidaten gehören zur pro-kurdischen Partei DTP. Da die Geschäftsordnung erlaubt, ab 20 Abgeordneten eine „parlamentarische Gruppe“ zu bilden, wird so erstmals in der Geschichte eine offen pro-kurdische Gruppierung dem Parlament beinahe in Frak-

tionsstärke angehören.

Ende 1991 waren mehrere kurdische Abgeordnete der damaligen Partei HEP auf einer gemeinsamen Liste mit der sozialdemokratischen SHP ins Parlament eingezogen. Sie waren aber nicht stark genug, um eine parlamentarische Gruppe bilden zu können. Ihre kurze Zeit im Parlament endete im März 1994, vor über 13 Jahren, als den Abgeordneten Leyla Zana, Hatip Dicle, Orhan Dogan, Sirri Sakak, Ahmet Türk, Selim Sadak und dem parteilosen Mahmut Alinak mit Zustimmung der mit der CHP inzwischen in die Regierung gewechselten SHP nicht nur ihre Mandate aberkannt wurden, sondern auch noch ein Schausprozess eröffnet wurde, in dem Leyla Zana und vier weitere Abgeordnete wegen angeblichem „Separatismus“ zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt wurden.

Einer der damaligen Abgeordneten, Orhan Dogan, ist kürzlich verstorben. Zwei weitere, Ahmet Türk, jetzt Vorsitzender der DTP, und Sirri Sakik, wurden jetzt wieder gewählt. Ahmet Türk ist einer von zwei Abgeordneten für Mardin, Sirri Sakik einer von zwei Abgeordneten aus Mus. In Diyarbakir wurde unter anderem Akin Birdal, früher Vorsitzender des Menschenrechtsvereins IHD, gewählt, außerdem die stellvertretende DTP-Vorsitzende Aysel Tuglik und Selahattin Demirtas, der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins in Diyarbakir. Ein wichtiger Erfolg gelang der DTP auch im Westen. In Istanbul wurden Mehmet Ufuk Uras und Sebahat Tuncel als Unabhängige ins Parlament gewählt.

Sicher wird auch diese parlamentarische Gruppe wieder auf wütende Gegnerschaft, ja offene Feindschaft bei anderen Abgeordneten, in den Sicherheitsapparaten, im Militär und in der Regierung stoßen. Aber allein ihre Wahl in dieser Größe, nicht nur in den kurdischen Gebieten, sondern auch in Istanbul, dokumentiert den großen Fortschritt, den sich die kurdische Bewegung in der Türkei in den letzten Jahren trotz staatlicher Repression erkämpft hat. Wenn es den Abgeordneten gelingt, ihre parlamentarischen Möglichkeiten zum Aufbau fester Verbindungen mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen und ins europäische Ausland zu nutzen, so eröffnen sich ihnen und der kurdischen Bewegung in der Türkei neue Perspektiven und Möglichkeiten des legalen politischen Kampfes.

Ohrfeige für das Militär, Niederlage des Kemalismus

Der Wahlerfolg der AKP speist sich aus mehreren Quellen. Da ist zum einen der wirtschaftliche Aufschwung. Seit 2002 wächst die türkische Wirtschaft in einem beeindruckenden Tempo. Für 2007 erwartet die OECD erneut einen Anstieg um 6 Prozent, das ist ein mehr als dop-

pelt so viel wie in der BRD. Das Bruttoinlandprodukt pro Kopf lag 2006 bei etwa 5.500 Dollar. Das ist zwar nur etwa ein Fünftel der Pro-Kopf-Leistung in der BRD, aber mehr als das Zweieinhalbfache der Pro-Kopf-Produktion von Gütern und Dienstleistungen wie in der Weltwirtschaftsmacht China. Wobei alle Wirtschaftsexperten sich einig sind, dass ein erheblicher Teil der türkischen Wirtschaft bei diesen Zahlen noch als „Schattenwirtschaft“ im Verborgenen bleibt.

Allein schon diese wirtschaftliche Stabilisierung des Landes und der damit verbundene Anstieg der Einkommen, verbunden mit einer deutlichen Verringerung der Inflation, wird der AKP hoch angerechnet. Was alle früheren Regierungen immer wieder als Ziel ausgegeben, aber nie erreicht hatten, einen wirtschaftlichen Aufstieg wie in Korea – die AKP scheint das zu schaffen.

Hinzu kommt, dass auch der Vorwurf der „schleichenden Islamisierung“, wie ihn insbesondere die kemalistischen Parteien, ihre Kampfpresse und das Militär erhoben haben, offensichtlich nicht gezogen hat. Mehr noch: die etwa 100.000 Christen, vor allem die armenischen Christen, haben vermutlich mehrheitlich die AKP gewählt. Etyen Mahcupan, der nach der Ermordung des armenischen Journalisten Hrant Dink dessen Zeitung „Agos“ leitet, schätzte schon vor den Wahlen, etwa 60 Prozent der Christen in der Türkei würden die AKP wählen. Seine Begründung: der heftigste Widerstand gegen Reformen zugunsten der Christen sei in letzter Zeit nicht von der AKP, sondern von den laizistischen Parteien gekommen. (Tagesspiegel, 22.7.07) Das Bestreben der AKP, die gesellschaftliche Stellung religiöser Gemeinschaften gegenüber dem Staat und die Bedeutung religiöser Regeln für die Zivilgesellschaft zu stärken, kommt offenbar auch den christlichen Gemeinden in der Türkei zupass. Ob diese Hoffnung am Ende zu mehr religiöser Toleranz führt oder eher zu Rückschritten bei Themen wie Scheidungsrecht, Abtreibung und Stellung der Frau, wird vermutlich weniger vom Wahlausgang abhängen als davon, ob sich die Frauen in der Türkei noch besser organisieren und noch erfolgreicher für ihre Rechte kämpfen können.

Eine Ohrfeige ist das Wahlergebnis dagegen für das Militär. Dessen Drohungen mit einem Militärputsch haben der AKP in der Schlussphase des Wahlkampfes offensichtlich mehr Stimmen zugetrieben, als in allen Prognosen erwartet wurde. Verlierer ist aber nicht nur das Militär. Verlierer ist auch der Kemalismus und seine Parteien, allen voran die CHP. Dass die CHP keine Kritik an den Putschdrohungen der Militärs geäußert hat, dass sie von der MHP in Punkto nationalistische Hetze gegen

Kurden und EU kaum zu unterscheiden war, hat dieser lange Zeit die gesellschaftliche Entwicklung der Türkei dominierenden Partei wie auch der kemalistischen Theorie viel an ihrem ohnehin schwindenden Einfluss geraubt. Kemalismus ist heute kein Modernisierungskonzept für die Türkei mehr.

Zypern, Staatspräsident, Kurden ...

In Europa gibt man sich pflichtschuldig beeindruckt vom Wahlausgang. Laut „N24“ (22.7.07) hat sogar der vatikanische Kurienkardinal Sergio Sebastiani in einem Interview mit der Mailänder Zeitung „Corriere della Sera“ die EU aufgefordert, ihre Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wieder aufzunehmen. Sebastiani, nach 1985 fast zehn Jahre Apostolischer Nuntius in der Türkei, nannte das Wahlergebnis das „bestmögliche Ergebnis für Europa und die christlichen Kirchen“. Auch der Europarat, der eine 36-köpfige Delegation zur Wahlbeobachtung geschickt hatte, gab sich „beeindruckt“ (ebenda). Gleichzeitig verlangen EU-Politiker, die Türkei solle endlich ihre Häfen und Flughäfen für Zypern öffnen. Ob das eine Lösung der Zypern-Frage erleichtert, wo zuletzt der griechische Süden alle Lösungsvorschläge der UNO blockiert hatte, wird sich zeigen.

Kritisch wird auch, wie die AKP sich in der Staatspräsidentenfrage verhalten wird. Rein rechnerisch käme die AKP mit den unabhängigen Abgeordneten auf eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament. Das erschwert parteipolitisch motivierte Blockaden wie in der Vergangenheit durch die CHP. Auf der anderen Seite wird die AKP einen Großkonflikt mit dem Militär zu vermeiden suchen, und sei es, um der gewalttätigen MHP und ihren Drahtziehern im Sicherheitsapparat keinen Vorwand zu neuer Gewalt zu liefern.

Bleibt die kurdische Frage, wo das Militär vehement nach einem Einsatz gegen Stellungen der PKK im Nord-Irak ruft. Die USA wie die AKP-Regierung lehnen eine solche Intervention bisher ab, sagen aber ebenso wenig wie die europäischen Mächte, welche Vorschläge sie für eine demokratische Lösung der kurdischen Frage in der Türkei haben.

Vieles hängt also davon ab, ob die AKP ihren vorsichtigen Reformkurs beibehält. Entscheidend aber dürfte es sein, ob die zivilen Organisationen, also Parteien wie die DTP, Gewerkschaften, Menschenrechtsverbände, Frauenorganisationen usw. die Situation nutzen können, weiter wachsen, Kraft gewinnen und gemeinsam für weitere demokratische und soziale Reformen erfolgreich kämpfen. Dies zu unterstützen ist und bleibt auch die Hauptaufgabe der Linken in Europa – egal ob türkisch, kurdisch, deutsch oder wie auch immer sonst sie sich einstuft.

rül

Stuttgart 21 beschlossen

Von der Hauptstadt Württembergs zur Stadt in Europa

Beschlossen ist das Projekt Stuttgart 21 eigentlich seit 1994 – damals war der gebürtige Stuttgarter Heinz Dürr Bahnchef, Verkehrsminister der aus der Region Stuttgart stammende Matthias Wissman (CDU) und der Stuttgarter Oberbürgermeister hieß Manfred Rommel. Inzwischen haben sich ganz andere Beteiligte über die Finanzierung des Umbaus des Stuttgarter Bahnhofs, den Neubau eines Bahnhofs am Stuttgarter Flughafen und die Schnellbahntrasse nach Ulm in Richtung München geeinigt. Damit wird dann vermutlich im nächsten Jahr mit dem Bau begonnen, zumal die Gerichte bereits abschließend über größere Teile der Planung und Widersprüche dagegen geurteilt haben. Wenn alles wie vorgesehen abläuft, wird in rund zehn bis zwölf Jahren der Neubau in Betrieb genommen.

Das Vorhaben ist für Baden-Württemberg und die Bahn AG eine enorme Investition. Die Gesamtkosten belaufen sich auf geschätzt zwei Milliarden Euro für die Schnellbahnstrecke nach Ulm und knapp drei Milliarden Euro für die Tunnelprojekte, den Bahnhofsumbau und den Flughafenbahnhof in Stuttgart. Der Bund ist bei der Finanzierung mit einer halben Milliarde voraussichtlich beteiligt; die Stadt Stuttgart hat ihre Investitionen bereits weitgehend getätigt: Sie hat von der Bahn das Gelände, wo heute noch der Bahnhof und die Gleise liegen, bereits gekauft; sie muss noch eine Rücklage von ca. 85 Millionen Euro bilden, um sich an eventuellen Baukostensteigerungen zu beteiligen; laut Stadtkämmerer ist diese Rücklagenbildung durch die derzeit hohen Gewerbesteuererinnahmen im nächsten Haushalt ohne Verzicht auf andere

Ausgaben möglich. Am härtesten trifft die vereinbarte Finanzierung den Landeshaushalt. Der Finanzminister Baden-Württembergs hat angedeutet, dass Mittel für den regionalen Zugverkehr wahrscheinlich gekürzt werden müssen. Dennoch hat sich in der letzten Zeit vor allem die CDU-/FDP-Landesregierung für das Projekt eingesetzt und verspricht sich davon eine Sicherung der vorderen Positionen des Bundeslands bei der Wirtschaftskraft. Warum verspricht sich die Landesregierung das gerade von einer Modernisierung der Eisenbahn?

Landeshauptstädte im Reich

Stuttgart ist die Landeshauptstadt von Baden-Württemberg. Diese Art von Hauptstadt bildete sich Mitte des 19. Jahrhunderts bis Anfang des 20. Jahrhunderts heraus. Meist entwickelten sie sich aus alten Residenzstädten heraus, die geprägt waren durch den Unterschied Stadt / Land, Provinz / Fürstentum, Regierungssitz. Die Hauptstadt war nicht mehr nur Verbraucher von landwirtschaftlichen Überschüssen und Produzent von Repräsentationsbedarf der herrschenden Klassen. Sie wurde selbst Standort von Industrie und Produktionsstätte des Mehrwerts. Sie blieb aber, und das war für die Entwicklung wichtig, weiterhin Regierungs- und Verwaltungszentrum. Stuttgart hat sich als Hauptstadt von Württemberg zu einer solchen Stadt entwickelt. Das Gewerbe dieser Hauptstadt war zunächst auf den nationalen Markt ausgerichtet (Chemieindustrie, Textilfabriken). Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich mit königlicher Förderung eine eigenständige württembergische Maschinenbau-

fähig war. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts entstand dann die Automobilindustrie mit der Daimler-Motoren-Gesellschaft, die schon 1907/08 etwa die Hälfte ihrer Fahrzeuge im Ausland absetzte. Diese Automobilindustrie war dann der Kern für die rasche weitere Industrialisierung; Bosch (Hochspannungszünder) war bald ebenfalls ein Großunternehmen mit internationaler Kundschaft. Trotz der teilweise hohen Exportanteile blieb die Ausrichtung der Industriepolitik nationalstaatlich: Die Konzerne und die herrschenden Klassen verstanden „Rohstoffsicherung“, „Eroberung der Märkte“ als territoriale Ausdehnung und als militärisch-politische Angelegenheit. Dieser Ansatz zur Ordnung des Wirtschaftsraumes scheitert dann mit dem Dritten Reich der Deutschen.

Die Eisenbahn war für Württemberg die entscheidende Verbesserung. Rohstoffarm, mit schlechten Straßenverbindungen und einer eher untergeordneten Schifffahrt auf dem Neckar, schuf sie die Verbindungen ins übrige Deutsche Reich, so waren die Transporte von Kohle und Eisen für die Industrie überhaupt erst möglich. Die Ordnung des Verkehrs entsprach der Funktion der Hauptstädte: sie waren Endpunkt oder Ausgangspunkt der Reise; so war der „Kopfbahnhof“, der in Stuttgart wie auch in zahlreichen anderen Residenz- und Hauptstädten gebaut wurde, schon funktionaler Ausdruck und nicht bloß Ergebnis von natürlichen oder städtebaulichen Schwierigkeiten.

In der Zeit zwischen den Weltkriegen entwickelten sich vor allem in den USA auf der Grundlage einer weltmarktoffenen Politik aus großen städtischen Zusammenballungen Metropolregionen. Diese Metropolregionen sind Teil eines weltweiten arbeitsteiligen Systems, in dem diese Räume aufeinander abgestimmt und bezogene, durch Arbeits-

Die neue Schnellbahntrasse Stuttgart-Ulm im europäischen Eisenbahnnetz. Deutlich sichtbar die vergleichsweise zentralistischen Strukturen in Frankreich und Großbritannien mit den zentralen Metropolregionen und die polyzentrischen Strukturen in Mitteleuropa. Unten Fahrzeitgewinne durch die Neubaustrecke und Stuttgart 21. (Quelle DB AG, www.stuttgart21.de)



Fahrzeiten in Stunden	heute	zukünftig
Stuttgart – Brüssel Süd	4:41	3:20
Stuttgart – Köln	2:15	2:00
Stuttgart – Hamburg	5:06	4:05
Stuttgart – Frankfurt	1:15	1:00
Stuttgart – Berlin	5:27	4:35
Stuttgart – Paris	6:03	3:10
Stuttgart – Bern	4:00	3:30
Stuttgart – Mailand	6:41	4:30
Stuttgart – Wien	6:54	4:50
Stuttgart – München	2:10	1:35

teilung und konkurrierenden Wettbewerb bestimmte Strukturen ausbilden. In Deutschland war Berlin in den zwanziger Jahren auf dem Weg; mit dem Faschismus, der auf Lebensraumwirtschaft setzte, war diese Entwicklung zu Ende. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte Berlin mit seiner Lage in der sowjetisch besetzten Zone und später in der DDR nicht mehr an die Entwicklung einer solch hoch zentralisierten Region vergleichbar mit Paris oder London anknüpfen. Stattdessen verstärkte sich in der Bundesrepublik der schon im 19. Jahrhundert durch die relativ starke Stellung der einzelnen Länder gegenüber dem „Reich“ vorhandene Polyzentrismus. In den 80er Jahren wurden dann zunächst sechs und inzwischen zwölf solche Metropolregionen politisch festgeschrieben; Stuttgart, oder besser gesagt die Region Stuttgart, gehört dazu.

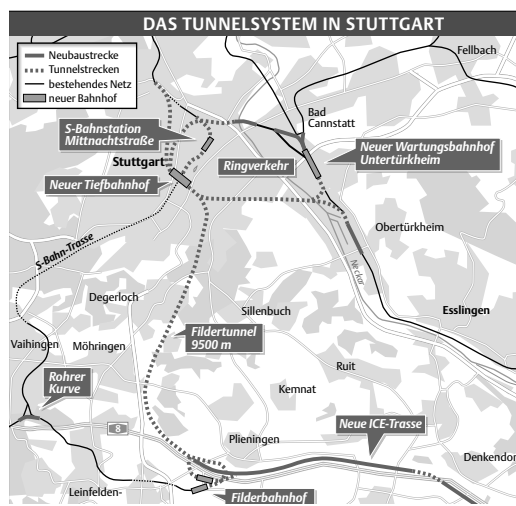
Metropolregion als Schnittstelle

Die Metropolregion muss eine Vielzahl von kulturellen Einrichtungen anbieten. Es bedarf der Oper und des Schauspiels wie des Stadions und eines erfolgreichen Vereins. Universitäten, Rundfunkanstalten, Tageszeitungen, Bildungseinrichtungen, das alles gehört dazu; sie müssen die Welt „im Kleinen“ abbilden. Passend dazu muss die Verkehrsinfrastruktur die Welt tatsächlich klein machen: Flughafen mit internationalen Verbindungen, Autobahnverbindungen ins In- und europäische Ausland und eben auch die Eisenbahn gehören dazu. Die Schnittstellen zur Welt müssen für die Firmen, Kultureinrichtungen und die in ihnen Tätigen leicht erreichbar sein. Diese Verkehrsinfrastruktur ist Bedingung für die Produktion wie auch für die individuelle Reproduktion geworden.

Noch bis in die siebziger Jahre wurde versucht, die „autogerechte“ Stadt zu planen, um die Verkehrsanbindung herzustellen. Stuttgart bietet mit zwei Autoschneisen durch die Innenstadt hierfür ein Negativbeispiel. Inzwischen ist klar, dass das Auto die Erschließung nicht leisten kann, wo die Besiedlung zu dicht ist und sich große Menschenmengen bewegen. Das gilt für ein Stadion genauso wie für Naherholungsgebiete.

Konflikte sind angelegt

Wenn doch die Vorteile für die Einbindung in die Welt so groß sind, warum sind nicht alle einfach begeistert für den Ausbau? Bei allen großen Verkehrsprojekten, sei es Stuttgart 21, sei es der Flughafen bei München, gab es und gibt es begründete Opposition. Die Vorteile und Chance, die durch den europäischen Verkehrsweg entstehen, der vergrößerte Wirtschafts-, Kultur und Lebensraum, fallen nicht einfach an Ort und Stelle an. Im Gegenteil. Das Leben der einzelnen



Menschen in einer Region, einer Stadt sind mit den materiellen Umgebungsbedingungen verwoben. Ändern sich diese, müssen die Individuen auch ihr Leben anpassen. Sind diese Änderungen groß, ist auch die Liste von Störungen und Zerstörungen groß. Die einen stört die Änderung des Stadtbildes, wenn gewohnte Gebäude, Wege usw. verschwinden. Die anderen fürchten die sozialen Auswirkungen, angefangen davon, dass staatliche Mittel umgelenkt werden, bis dahin, dass künftig noch mehr Mobilität abverlangt wird, wenn die Zeitspannen für größere Entfernungen schrumpfen.

Diese Befürchtungen sind alle nicht einfach von der Hand zu weisen und als Kritik an den Planungen vielfach berechtigt; wenn man als Maßstab anlegt, dass eine politische Maßnahme die allgemeine Situation verbessern, niemand schlechter stellen und die am schlechtesten Gestellten stärker begünstigen soll. Diese Kritiken sind in Stuttgart vorgebracht worden, haben manchmal zur Verbesserung der Planung geführt und werden auch in der Phase der Durchführung und weiteren Planung nötig sein. Noch ist ziemlich vage, was einst auf dem Gelände der Bahn genau gebaut werden wird; noch wird darum gekämpft werden müssen, dass die Belästigungen beim Bau nicht einseitig auf die betroffenen Anwohner abgewälzt werden.

Eher Geplänkel ist die Idee, die jetzt von den Grünen in Stuttgart eingebracht wurde. Sie streben einen Bürgerentscheid an – worüber ist nicht ganz klar. Nach dem formellen Beschluss des Gemeinderats im Jahre 1994, Stuttgart 21 zu planen, hatten die Grünen keinen Bürgerentscheid angestrebt oder unterstützt. Auch nicht, als 2001 im Gemeinderat über den Kauf der Bahngrundstücke abgestimmt wurde. Jetzt soll ein Bürgerentscheid über die vergleichsweise nebensächliche Frage stattfinden, ob die Stadt die Zusage machen dürfte, eventuelle Mehrkosten von rund 84 Millionen Euro zu tragen. Das ist nicht ganz ernst zu nehmen, und ob dafür binnen sechs Wochen 20.000 Unterschriften

fürs nötige Bürgerbegehren und über 100.000 Gegenstimmen bei einem Bürgerentscheid zusammen kommen, scheint zweifelhaft.

An diesem letzten, eher mit bizarren Argumenten geführten Versuch, das Projekt Stuttgart 21 zu kippen, zeigen sich die Schwächen der Opposition.

Vorteile für alle durchsetzen

Die Vorteile der Maßnahme sind groß. Das stark gegliederte Württemberg wird dadurch als Metropolregion spürbar. Obwohl die Zentralität mit der relativ kleinen Kernstadt eher schwach ist, werden dadurch die Vorzüge des Zentrums um Stuttgart weiter erschlossen; es öffnen sich die Anschlüsse an die Welt. Für den ganzen Raum, der Standort einer starken und hochspezialisierten Industrie ist, werden Verbindungen geschaffen und verbessert. Durch die Eröffnung der Schnellstrecke in Frankreich vor einigen Tagen ist Paris mit weniger als vier Eisenbahnstunden in die Nachbarschaft gerückt und kommt durch den Umbau nochmals näher. Wenn die Zeitbarriere nach München abgetragen wird, ist das von Vorteil. Dass Ulm sozusagen in S-Bahn-Nähe rückt, wenn die Fahrzeit auf eine halbe Stunde schrumpft, wird nicht nur vom Ulmer SPD-Oberbürgermeister begrüßt. Ost- und Südwürttemberg sind damit näher am Zentrum und haben damit auf lange Sicht bessere Entwicklungsmöglichkeiten. Damit ist auch die Kritik an der Landesregierung, dass sie in die Finanzierung so stark eingestiegen ist, verhalten. Es gibt keine Proteststürme aus Regionen, die angeblich nicht zum Zuge kommen. Die Vorteile für große Teile des Landes werden spürbar sein. Schließlich gibt es noch die Erfahrungen mit ähnlichen Projekten der Verkehrsinfrastruktur. Die Schnellbahn Stuttgart-Mannheim-Frankfurt hat sich vorteilhaft ausgewirkt. Der Stuttgarter Flughafen auf den Fildern, wo es ebenfalls lange Kämpfe gegen den Ausbau gab, wird gebraucht; die Zahl der Passagiere wächst. Als Nachteil stellte sich vielmehr heraus, dass er mit der Bahn schwer erreichbar ist und das Auto wie auch in vielen anderen Fällen als Verkehrsmittel nicht ausreicht.

Die Opposition gegen Stuttgart 21 hat sich nicht durchsetzen können. Sie schien planerisch mit der alten Struktur der auf nationale Märkte ausgerichteten Landeshauptstadt verknüpft und hat Veränderungssängste mobilisiert. Damit die Vorteile einer verbesserten Einbettung der industriell starken Metropolregion Stuttgart ins europäische und globale Netzwerk nicht einseitig von Globalisierungsgewinnern eingesackt und die Lasten ebenso einseitig der ärmeren Bevölkerung aufgehalst werden, ist dennoch weiterhin Kritik an rücksichtsloser Plandurchsetzung nötig.

Alfred Küstler



Das Exekutivbüro der Gewerkschaften aus Basra, Südirak, organisierte Mitte Juli eine Demonstration, an der Hunderte von Arbeitern teilnahmen. Die Demonstranten forderten zum einen eine Änderung des von der Regierung verabschiedeten und ans Parlament überwiesenen Öl- und Gasgesetzes, zum anderen eine Rücknahme der jüngste Benzin- und Ölpreiserhöhungen. Kurz zuvor hatte das Exekutivbüro eine Erklärung verabschiedet, in der es das Recht gewerkschaftlicher Organisation und Betätigung in der Ölindustrie forderte sowie die Rücknahme des Erlasses Nr. 150, der gewerkschaftliche Aktivitäten im öffentlichen Sektor verbietet. – Der Protest gegen das Ölgesetz richtet sich gegen den faktischen Ausverkauf an ausländische Investoren. Die genauen Einzelheiten des mehrfach überarbeiteten Gesetzes sind derzeit nicht bekannt. In der Fassung vom April sah es vor, dass Ölfirmen 30 Jahren lang 70% der Produktion behalten und weitere 20% dauerhaft von jeder Art der Besteuerung befreit werden sollten. Es klammerte zwar die bereits produzierenden Felder aus, doch das sind derzeit nur 17 von 80 bekannten, die nur 40 Mrd. der 115 Mrd. bekannten Reserven umfassen. Damit übernahmen die „Großen Vier“ unter den Ölkonzernen de facto 64% der bekannten Ölreserven des Irak. (Quelle und Bild: www.laborstart.org)

Iran: Osanlo erneut verhaftet

Erneut ist der für sein engagiertes Eintreten für Gewerkschaftsrechte weit über die Grenzen Irans hinaus bekannte Vorsitzende der Teheraner Busfahrer-gewerkschaft Mansour Osanlo verhaftet worden. Er war am 10. Juli von Unbekannten in Zivil aus einem Bus gezerrt und verschleppt worden. Sein Anwalt teilte inzwischen mit, dass er wegen Verstoßes gegen die „nationale



Sicherheit“ für einen Monat inhaftiert wurde, die Haft könne jedoch auf einen weiteren Monat ausgeweitet werden. Osanlou darf weder von Anwälten noch von Familienmitgliedern besucht werden. (Quelle: laborstart.org)

Kalte Schulter für US-Kommando in Afrika

Dem Bericht des ehemaligen Frankfurter Rechtsanwaltes Dr. von Paleske zu-

folge, der jetzt als Arzt in Botswana arbeitet und regelmäßig aus Afrika berichtet, stößt das neue Afrika-Kommando der USA, AfriCom, auf dem Kontinent auf zunehmende Ablehnung. Seit acht Wochen bemühe sich der US-Botschafter in Südafrika, Eric Bost, um einen Termin des Kommandeurs für AfriCom, General Kip Ward, der sich zur Zeit in Südafrika aufhält, vergeblich um einen Termin beim südafrikanischen Verteidigungsminister. Im April war der Unterstaatssekretär des US-Verteidigungsministeriums auf Werbetour in Ghana, Senegal, Südafrika und Nigeria und erhielt dort bestenfalls lauwarmer Zustimmung. Auf einer weiteren Werbetour im Juni erklärten Marokko, das angeblich schon bereit war, AfriCom zu beherbergen, Libyen und Algerien ihre ausdrückliche Ablehnung. Das neue Kommando soll im Herbst eingerichtet und im Laufe des nächsten Jahres voll einsatzfähig sein. Sein Standort ist vorerst Stuttgart-Möhringen. Geplant ist eine US-Marinebasis in Sao Tome im Golf von Guinea. (Quelle: Indymedia)

US-Raketenbasis in Polen „beschlossene Sache“

Das jedenfalls erklärte jüngst der polnische Staatspräsident Lech Kaczynski nach einem Gespräch mit Bush. Im Februar 2008 sollen offenbar die Bauarbeiten auf dem Gelände des ehemaligen Militärflughafens im pommerschen

Redzikowo nahe Slupsk beginnen. Außerdem wurde vereinbart, dass – neben den NATO-Befehlsstrukturen – ein polnisch-amerikanischer Konsultationsrat gegründet werden soll, der den „besonderen Beziehungen Polen-USA“ einen stärkeren Charakter verleihen und die Sicherheit Polens erhöhen solle. Zu klären seien, so die polnische Regierung, noch die Größe und der Status der US-Basis, deren Verhältnis zu den polnischen Streitkräften und auch die Kosten, von denen, wie verlautet, ein Teil von Polen getragen werden soll. Als Gegenleistung verlangte Lech Kaczynski umfassende verbindliche Sicherheitsgarantien. U.a. geht es dabei um die Lieferung von Abfangraketen der US-Streitkräfte. Der Grund für diese Forderung, die die Auseinandersetzung weiter eskaliert: Russland hat u.a. angedroht, die neue, lenkbare „Flügelrakete“ R-500 in Kaliningrad in dann unmittelbarer Nähe zur geplanten US-Basis zu stationieren. Die US-Abfangraketen sollen gegen Interkontinental- und größere Mittelstreckenraketen eingesetzt werden und sind nicht in der Lage, die russischen Kurzstreckenraketen R-500 abzufangen. Das ginge aber mit der Stationierung des Patriot-Systems oder vergleichbarer Abfangraketen. – Die Opposition gegen die US-Raketenabwehr nimmt inzwischen auch in Polen zu. Nach einer jüngsten Umfrage lehnen 55% der Bevölkerung die US-Basis ab, nur 28% befürworten sie. Ein Bündnis linker Organisationen und Parteien führt eine Unterschriftenkampagne mit dem Ziel, mit einer Million Unterschriften ein Referendum zu erzwingen. (Quelle: ND, 18.7., Telepolis)

Großbritannien: Mautkameras zur Überwachung umfunktioniert

Innenministerin Smits erklärte kürzlich, dass die Daten aller 1.500 Verkehrskameras, die der Erhebung der City-Maut zur Verkehrsreduzierung der Innenstadt von London dienen, an die Polizei zur Terrorbekämpfung weitergeleitet werden. Bisher erhält die Polizei laut Datenschutzgesetz solche Daten nur im Einzelfall mit richterlicher Genehmigung. Mit einem neuen Gesetzentwurf soll es der Polizei möglich werden, landesweit in Echtzeit die Daten abrufen zu können, wodurch sich die Bewegung von Fahrzeugen beobachten, verdächtige Fahrzeuge verfolgen und die Fahrstrecke von Fahrzeugen rekonstruieren lässt. Landesweit sollen weitere 2000 Kameras zur Mauterhebung aufgestellt werden. Die Direktorin der Bürgerrechtsorganisation Liberty, Shami Chakrabarti, sieht darin ein „Trojanische[s] Pferd für die Massenüberwachung“. (Quelle: Telepolis)

Zusammenstellung: scc

BERLIN. Vattenfall ist überall! – Boom bei Ökostromanbietern. Unter dem Eindruck der Reaktorhavarien in Krümmel und Brunsbüttel verliert vor allem der Vattenfall-Konzern immer mehr Kunden an Ökostrom-Anbieter. Der Zulauf dort erreicht in diesen Tagen Rekordwerte. Auch provozierende Preiserhöhungen und die Ankündigung der Konzerne, trotz des sich beschleunigenden Klimawandels eine neue Generation Kohlendioxid-intensiver Kohlekraftwerke zu bauen, heizt das Wechselieber in Deutschland an. Darauf hat



die Initiative Atomausstieg-selber-machen, ein Bündnis aus Umweltorganisationen, Verbraucherschutzverbänden und Anti-AKW-Initiativen hingewiesen und die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, jetzt über den massenhaften Wechsel zu Ökostromanbietern unmittelbar Einfluß auf die Geschäftspolitik der Stromkonzerne zu nehmen. In den letzten Wochen besuchten so viele Menschen die Stromwechsel-Homepage der Initiative wie nie seit dem Start Ende September 2006.

www.atomausstieg-selber-machen.de

Deserteur DENKMAL – 130 Bausteine suchen noch einen Paten

STUTTGART. Seit fast 10 Jahren setzt sich die Initiative Deserteur-Denkmal dafür ein, dass auch in Stuttgart – wie 2005 schon in Ulm – ein solches Denkmal errichtet wird. Die offizielle Aufstellung und Einweihung des Denkmals wird nun am 30. August 2007 am Stuttgarter Theaterhaus stattfinden. Zur Finanzierung der Skulptur des Bildhauers Nikolaus Kernbach aus Aulendorf „PROFILSCHNITT, 1996/2001“ läuft seit Sommer 2006 eine Bausteinkampagne. Das Denkmal soll am Theaterhaus so lange stehen, bis ein städtischer Platz dafür bereit gestellt wird. „An die Opfer der Kriege – Zivilisten und Soldaten – erinnern Dutzende Denkmale. Doch an diejenigen, die sich dem Krieg entzogen haben bzw. sich heute entziehen, wird gewöhnlich im negativen Sinn gedacht – sie gelten meist als „Verräter und Feiglinge“, so Roland Blach, Sprecher der Initiative. 50.000 Deserteure sind von der NS-Militärjustiz verfolgt, mehr als 20.000 Todesurteile sind vollstreckt worden; davon allein 37 am Justizgebäude in der Stuttgarter Urban-

straße. Erst 2002 sind Deserteure durch den Deutschen Bundestag rehabilitiert worden, wofür sich insbesondere der 85-jährige Ludwig Baumann, einer der letzten noch lebenden Wehrmacht-Deserteure intensiv eingesetzt hat. „Wir werden die Diskussion über einen städtischen Standort und die Bausteinkampagne in den kommenden Monaten intensiv fortsetzen“, kündigt Blach an. Es liegen schon jetzt Patenschaften von ca. 8.000 Euro vor, darunter von OB Boris Palmer (Tübingen), den Landtagsabgeordneten Christine Rudolf und Brigitte Lösch, Tobias Pflüger aus dem Europaparlament, dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Peter Conradi und Klaus-Peter Murawski (Bürgermeister in Stuttgart). [Auch Ulrike Küstler, Stadträtin der Linken war eine der ersten Patinnen, d. Red.] Über diese positive Resonanz ist die Initiative sehr erfreut. Es fehlen aber noch 6.500 Euro bzw. 130 Bausteine zu je 50 Euro. Spenden zur Unterstützung des Denkmals sind steuerabzugsfähig PAXAN – Spendenkonto 361349-705 Postbank Stuttgart (BLZ 600 100 70) o Stichwort DENKMAL Initiative für ein Deserteursdenkmal

www.antifaschistische-nachrichten.de
www.deserteurdenkmal-stuttgart.de

Tausende Flugblätter gegen Nazi-Läden

ROSTOCK. In vielen Städten Mecklenburg-Vorpommerns haben Antifaschist/innen am 19.7.2007 mit tausenden Flugblättern auf Läden aus und für die Neonazi-Szene hingewiesen. In allen Regionen des Bundeslandes werden von Mitgliedern der Szene inzwischen erfolgreich mit der menschenverachtenden Ideologie der Rechten Geschäfte gemacht. „Wir wollen mit unseren Aktionen die Öffentlichkeit sensibilisieren“, teilt Caroline Jürgens, Pressesprecherin der verschiedenen antifaschistischen Gruppen, mit. „Fast überall im Land gibt es inzwischen Umschlagplätze für die Hasspropaganda der Neonazis.“ In Rostock protestieren die AntifaschistInnen gegen den Laden „East Coast Corner“ der Hamburger Neonazis Tor-

ben Klebe und Thorsten de Vries. Seit mehreren Wochen kommt es in der Stadt immer wieder zu Aktionen gegen das Geschäft. In Wismar richteten sich die Flugblätter gegen ein Netzwerk von Neonazis, das neben einem Ladengeschäft einen Versandhandel, ein Tattoo-Studio und sogar ein Hausprojekt betreibt. Nahe Grevesmühlen ist in dem Ort Plüschow ein rechter Versandhandel angesiedelt. Ein rechter Szene-Shop in Güstrow ist in der Eisenbahnstraße beheimatet. In der Stadt kommt es seit einiger Zeit zu Protesten gegen Rechts. In Gnoien hat erst kürzlich ein rechter Szene-Shop in der Friedensstraße eröffnet, der die einschlägige Kleidungsmarke „Thor Steinar“ vertreibt. In Stralsund gibt es mit dem „Sonnenbanner“ und „Headhunter Streetware“ inzwischen sogar zwei Geschäfte für die Szene. In Anklam existiert schon seit mehreren Jahren der Laden „New Dawn“, der eng mit der lokalen Neonazi-Szene verknüpft ist. In Strasburg gibt es seit zwei Jahren den Laden „Youngland“, wo neben rechter Kleidung auch NPD-Propaganda über die Theke geht. In Neubrandenburg informierten AntifaschistInnen potenzielle VermieterInnen von Geschäftsräumen. Damit soll die Neueröffnung des Ladens „Most Wanted“ an anderer Stelle verhindert werden. Weitere Geschäfte von Neonazis gibt es auch in anderen Städten. Tobias Albrecht, Pressesprecher der Antifa-Gruppen: „Von diesen Orten aus wird menschenverachtende Propaganda verbreitet. Jeder Normalisierung von Volksgemeinschaftswahn, Herrenmenschentum und Kriegsbegeisterung gilt es jedoch entschieden entgegenzutreten.“

www.links-lang.de

„Schul-Verhaltenskodex gegen Internet-Mobbing“

BERLIN. Einen Verhaltenskodex an Schulen und klare gesetzliche Regelungen zum Schutz von Lehrkräften vor Mobbing im Internet oder per Handy haben die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) am 18.7.2007 während einer gemeinsamen Presse-



konferenz in Berlin vorgeschlagen. „Schule ist mehr als Unterricht. Lehrkräfte müssen immer stärker Erziehungsaufgaben wahrnehmen und Lernbegleiter junger Menschen werden. Sie haben die Aufgabe, Kinder und Jugendliche in diese Gesellschaft zu integrieren. Doch die Gesellschaft hat offenbar wenig Interesse, dass Schulen ihren Auftrag erfolgreich wahrnehmen können – wie sonst ist zu erklären, dass Gelder für Präventionsmaßnahmen seit Jahren gekürzt werden, Schulpsychologen und Sozialarbeiter an allen Ecken und Enden fehlen“, sagte GEW-Vorsitzender Ulrich Thöne. Er wies darauf hin, dass Mobbing von Lehrkräften kein deutsches, sondern ein internationales Phänomen sei. Marianne Demmer, stellvertretende GEW-Vorsitzende und Schulexpertin, plädierte dafür, der Medienpädagogik an den Schulen einen höheren Stellenwert zu geben: „Junge Menschen müssen angeleitet werden, die neuen Kommunikations-Medien sinnvoll einzusetzen, sie zu beherrschen. Sie müssen Chancen und Gefahren erkennen und einen verantwortungsvollen Umgang mit den neuen Technologien lernen.“ Demmer warnte aber auch vor Dramatisierungen und Überreaktionen: „Schülerstreiche und Mobbing sind ein ‚altes Thema‘, das nun im Internet-Zeitalter angekommen ist. Jetzt müssen Lehrkräfte mit Unterstützung professionell mit den Herausforderungen umgehen.“ www.gew.de

IPPNW fordert Abzug der letzten Atomwaffen

BERLIN. Laut Informationen von Atomwaffenexperten in den USA und Deutschland – Hans Christensen (Federation of American Scientists) und Otfried Nassauer (Berliner Informationszentrum für transatlantische Sicherheit) – sind die US-Atomwaffen aus Ramstein klammheimlich abgezogen worden. An die Bundesregierung gewandt fordert die IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.) jetzt deren öffentliche Entscheidung, Deutschland zu guter Letzt atomwaffenfrei zu machen und dafür den Abzug der restlichen US-Atomwaffen aus Büchel zu veranlassen. Die IPPNW trägt eine neue Kampagne des Trägerkreises „Atomwaffen abschaffen“ mit, die von der Bundesregierung fordert, Deutschland atomwaffenfrei zu machen. Mehr Informationen zur Kampagne unter www.atomwaffenfrei.de zu finden. www.ippnw.de

Pacemakers-Radmarathon – „Städte sind keine Zielscheiben!“

HEILBRONN. Am 4.8.07 findet der nunmehr 3. Pacemakers-Radmarathon für eine friedliche und gerechte Welt ohne

Atomwaffen statt, eine der außergewöhnlichsten Radsportveranstaltungen in Deutschland. Das Projekt „The Cities are not Targets – Städte sind keine Zielscheiben“ ist Teil der Mayors for Peace Kampagne „2020 Vision“, zur Abschaffung aller Atomwaffen bis zum Jahre 2020. Der Pacemakers-Radmarathon 2007 von Heilbronn über Mannheim, Ramstein, Neustadt, Bretten nach Ludwigsburg wird mit untenstehender Erklärung im Sinne der Mayors for Peace an alle Bürgermeister, an MdB und MdL entlang der Strecke herantreten mit der Bitte um Unterstützung. Die Erklärung: „*Städte sind keine Zielscheiben*. 1. An die Regierenden aller Nuklearwaffenstaaten: Im Interesse des Lebens und der Gesundheit der Bürger unseres Landes und gemäß der Vorschriften des humanitären Kriegsvölkerrechts fordern wir, die Anwendung von Atomwaffen gegen irgendeine Stadt weltweit unter allen Umständen und ausdrücklich auszuschließen. 2. An die Regierenden aller Nationen: Im Interesse der Menschen unseres Landes und gemäß der Abrüstungsverpflichtung im Atomwaffen-sperrvertrag fordern wir, eine atomwaffenfreie Welt mit höchster Priorität zu verwirklichen. 3. An die Bundesregierung: Bitte unterstützen Sie uns bei der Sicherung des fundamentalen Menschenrechtes auf Leben für alle Menschen. Sorgen Sie dafür, dass die noch in



Deutschland verbliebenen Atomwaffen schnellstmöglich abgezogen und der Verschrottung zugeführt werden. *Städte sind keine Zielscheiben*. Unsere Kinder verdienen eine atomwaffenfreie Zukunft!“ www.pace-makers.de/

Volksinitiative „Sozialticket Brandenburg“

POTSDAM. Bis September will die „Volksinitiative zur Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg“ 20.000 Unterschriften sammeln, damit sich der Brandenburger Landtag mit dieser Art Petition inhaltlich beschäftigen muss. Die Landesregierung wird aufgefordert, ab dem Jahr 2008 ein Sozialticket in Brandenburg einzuführen. Das Ticket soll für eine Gebietskörperschaft (Landkreis oder kreisfreie Stadt) gelten. Ticketberechtigt sollen die Menschen sein, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld (SGB II), Grundsicherung im Alter oder Sozialhilfe (SGB XII) beziehen bzw. deren Bedarfsgemeinschaften, sowie Menschen, die Leistungen nach dem

Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Der Preis des Sozialtickets soll 50% der jeweiligen VBB-Umweltkarte nicht überschreiten. <http://bb.verdi.de>

Waldkircher Erklärung gegen Rüstungsexport

WALDKIRCH. Am 10. Juli 2007 fand in Waldkirch bei Freiburg eine Veranstaltung über Waffenexporte unter dem Titel „Handel mit dem Tod – was geht uns das an?“ statt. Träger der Veranstaltung waren die SPD Waldkirch mit dem Initiator, dem Historiker Prof. Dr. Wolfram Wette, der Deutsche Gewerkschaftsbund Südbaden (DGB) Freiburg mit seinem Vorsitzenden Jürgen Höfflin, die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und das Deutsche Aktionsnetz Kleinwaffen Stoppen (DAKS), vertreten durch ihren Bundessprecher Jürgen Grässlin, das Freiburger RüstungsInformationsBüro (RIB e.V.), vertreten durch das Vorstandsmitglied Stephan Möhrle, die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB), vertreten Prof. Dr. Herbert Schweizer, und die Deutsche Sektion der internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi, vertreten durch Markus Weber. Die TeilnehmerInnen einigten auf die „Waldkircher Erklärung zum Waffenexport. Skandal ohne Grenzen – den Waffenlieferungen muss Einhalt geboten werden!“, für die weitere UnterstützerInnen gewonnen werden. <http://rib-ev.de>

„Zug der Erinnerung“ fährt durch Deutschland

Berlin. Mit einer Zugstafette wollen deutsche Bürgerinitiativen an die NS-Deportationen von über 12.000 jüdischen Kindern und an die Verschleppung Jugendlicher aus zahlreichen anderen Opfergruppen erinnern. Der Zug soll in diesem Herbst auf der Strecke der früheren Deportationen der Reichsbahn verkehren und die deutschen Heimatstädte der verschollenen Kinder ansteuern. Eine mobile Ausstellung, die das Deportationsschicksal in mehreren Waggons darstellt, will insbesondere Jugendliche zur Spurensuche nach örtlichen Lebenszeugnissen der deportierten Kinder anregen. Als Haltebahnhöfe sind bisher Stationen in Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen vorgesehen. Der „Zug der Erinnerung“ wird organisatorisch und auch finanziell von Initiativen in zahlreichen deutschen Städten getragen. Die erheblichen Kosten teilen sich die örtlichen Gruppen mit überregionalen Organisationen und privaten Spendern. Kooperationspartner sind u.a. Gewerkschaftsverbände, Stiftungen und Gedenkstätten.

www.zug-der-erinnerung.eu



Wie geht die Linke mit Partizipation, Toleranz und Religionsfreiheit um?

Das Dilemma der Kölner Moscheediskussion

Dr. Kemal Bozay

Während die Bundesregierung durch ihre jüngsten Show-Veranstaltungen, den Integrations- oder Islam-Gipfel der Öffentlichkeit ein Bild angeblich „gelungener Integration“ präsentieren will, manifestiert sich in Köln eine spektakuläre und wenig effizient geführte Kontroverse über den Bau einer Großmoschee. Es ist verwunderlich, dass diese Diskussionen gerade in einer Großstadt wie Köln geführt werden, die über eine 2000 Jahre alte Migrationsgeschichte verfügt und sich gern als Beispiel für praktizierende kulturelle Vielfalt darstellt.

Die seit Monaten geführte Kölner Moscheedebatte, die sowohl in den Medien als auch von bürgerlich rechten sowie neonazistischen Parteien kampagnenartig und polarisierend – inzwischen auch europa- und weltweit – ausgetragen wird, hat eine oberflächlich geführte Grundsatzauseinandersetzung zwischen Kulturen und Religionen ausgelöst, die zweifelsfrei das friedliche Miteinander gefährdet und sich zunehmend in das trübe Fahrwasser der Verwirrung manövriert.

Die Kölner Moscheediskussion fällt nicht vom Himmel. Seit den Anschlägen des 11. Septembers, dem Mord an dem niederländischen Filmemacher Theo Van Gogh, den Selbstmordattentaten in London, dem Bombenanschlag in Madrid und nicht zuletzt den geplanten Kofferbombenattentaten in Deutschland wurde medial wie politisch ein Feindbild konstruiert, das rechtspopulistische Ressentiments verfestigt, eine Islamophobie verbreitet und den Prozess hin zu einem gedeihlichen Zusammenleben hemmt. Samuel P. Huntingtons Werk „Kampf der Kulturen“ hat hierfür sicherlich eine wichtige Steilvorlage geliefert.

Vor allem haben sich in diesem Zusammenhang für den Alltag bedeutsame Fragen in den Vordergrund gespielt, wie z.B. „Darf eine Schülerin oder eine Lehrerin ein Kopftuch tragen?“, „Soll der Ruf des Muezzins in einer Moschee erlaubt werden?“, „Gäbe es Skepsis und Argwohn gegenüber der Tatsache, dass die Minarette einer Moschee höher sind als vergleichsweise die Türme einer evangelischen oder katholischen Kirche?“ Fragestellungen dieser Art sind offensichtlich eher kontraproduktiv.

Kontroversen in der Moscheediskussion

Es gibt bei der Moscheediskussion derzeit drei kontroverse Diskussionsstränge:

– Neonazistische Organisationen und rechtspopulistische Kreise haben sich von Anfang an gegen eine partizipative Migrationspolitik und somit auch gegen den Bau von Moscheen gestellt. Diese Linie verlangt von Migrant(inn)en ein nahezu bedingungsloses Anpassen an die Regeln, Gebräuche und kulturellen Gepflogenheiten dieses Landes und fordert offensichtlich eine „Assimilation“. Wir dürfen nicht außer Acht lassen, dass die neonazistische Bürgerbewegung „Pro Köln“ in ihrem Gründungsakt das „Verhindern einer Moschee“ ganz groß auf ihre Fahne geschrieben und entsprechend öffentlich mobilisiert hat.

– Im Gegensatz zu dieser Position steht das unantastbare Recht der Migrant(inn)en auf kulturelle Selbstbestimmung und Religionsfreiheit. Konsequenz bedeutet das, die kulturellen und religiösen Werte der Migrant(inn)en – ohne Religionsgemeinschaften und ethnische Minoritäten auszugrenzen – wahrzunehmen und sie auf der Grundlage demokratischer Grundwerte zu akzeptieren. Gerade fortschrittliche und die demokratischen Rechte verteidigenden Kräfte haben deshalb den Bau einer Moschee befürwortet und somit auch ein Zeichen für Religionsfreiheit und interkulturelles Zusammenleben gesetzt.

– Mitten in diese Auseinandersetzung ist eine dritte Argumentation geradezu hereingeplatzt, die der bekannte Kölner Autor Ralph Giordano mit starkem Medienecho in die Debatte eingebracht hat. Giordano stellt sich gegen den Bau der Moschee, weil er in diesem Vorhaben die Verschärfung einer gesellschaftlichen Polarisierung sieht, die auch zum Scheitern der Integration führe. Die deutlich islamfeindliche publizistische Intervention von Giordano als einem von Haus aus ausgewiesenen Antifaschisten ist besonders gefährlich, was sich auch prompt daran gezeigt hat, dass er rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Kräften eine Argumentationsvorlage lieferte, die dankbar aufgegriffen wurde. Daher ist es nicht ganz richtig, von einer dritten Alternative zu sprechen. Es ist empörend, dass Giordano alle Migrant(inn)en muslimischer Religionszugehörigkeit unter den Generalverdacht einer islamisch fundamentalistischen Weltverschwörung stellt. Emotional geprägte und unsachliche Meinungsäußerungen dieser Art fördern das Entstehen eines gefährlichen Zwiespalts zwischen der hiesigen Mehrheitsgesellschaft und den ethnischen Minoritäten.

Grundsätzlich gilt für linke Positionen, alle Spielarten des islamischen

Fundamentalismus sowie Radikalismus abzulehnen und zu verurteilen, die theokratische Systeme anstreben, zum heiligen Krieg (Dschihad) aufrufen oder gar verzweifelte junge Menschen in Selbstmordattentate treiben. Doch die Moscheediskussion mit diesen Konflikten zu assoziieren, ist in keiner Weise produktiv, sondern integrationsfeindlich. Leider sind wir in diesem Lande immer wieder mit der Tatsache konfrontiert, dass das Bild von Muslimen von Ereignissen – bzw. von der medialen Aufbereitung von Ereignissen – geprägt wird, die sich im Ausland abspielen und hier verurteilt werden. Dass ist auch der Grund dafür, dass zwar sehr viel über Muslime und den Islam gesprochen wird, aber wenig mit Muslimen. Viele Deutsche kennen zwar die Blaue Moschee in Istanbul, haben aber das Gebetshaus in der Nachbarschaft noch nie betreten. Also, mehr Dialog wagen!

Das Verhältnis zur DITIB

Der Islam ist keine homogene Religionsgemeinschaft. Sicherlich gilt es im Islam auch eine hochgradig politisierte Religionsrichtung ähnlich dem katholischen Opus Dei oder den fundamentalistisch-evangelikalen Sekten in den USA, die sich gegenwärtig in vielen unterschiedlichen Varianten zeigen. So kann man davon ausgehen, dass der Islam in den einzelnen Ländern und Regionen seines Verbreitungsgebiets eine in sich sehr heterogene Bewegung ist. Allein in der Türkei gibt es zahlreiche Religionsgruppen, Ordensgemeinschaften und Sekten, die sehr unterschiedliche Positionen vertreten.

Angesichts dessen wäre es fatal, von einem einheitlichen Islam mit einheitlichen Aktionsformen zu sprechen. Darum kann auch der häufig formulierte Vorschlag, eine gemeinsame Moschee für alle islamischen Religionsgemeinschaften einzurichten, nicht richtig sein. Es wäre aufgrund der Heterogenität der verschiedenen muslimischen Strömungen unrealistisch, den Alleinvertretungsanspruch in Fragen des Islam einem der islamischen Verbände zu übertragen. Keine dieser Strömungen ist legitimiert, die Muslime insgesamt zu repräsentieren.

Die DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion) ist im Unterschied zu anderen islamischen Organisationen (Milli Görüş, VIKZ u.a.) keine Religionsgemeinschaft, sondern eine staatlich beeinflusste Institution, die 1985 in Köln gegründet wurde. Sie ist faktisch dem Religionsministerium in Ankara und dem Amt für religiöse

Angelegenheiten der türkischen Botschaft in Berlin untergeordnet. Die türkische Regierung wollte durch die Gründung von DITIB in erster Linie unerwünschten islamischen Strömungen entgegenwirken und ihre eigene Islamvertretung stärken. Mittlerweile ist die DITIB einer der größten islamischen Dachverbände in Deutschland. Sie vertritt eine konservative Position, bekennt sich aber zu staatlich säkularen Prinzipien.

Sowohl die türkische und die kurdische Linke als auch die Alewiten als Kultur- und Religionsgemeinschaft haben ein sehr gespaltenes Verhältnis zum sunnitischen Islam (als Mehrheitsreligion) und somit auch zur Institution DITIB. Bei der Linken wurzeln die Vorbehalte in der klassisch marxistisch begründeten Auffassung, dass „Religion das Opium des Volkes“ (Karl Marx) sei. Die Trennung von Konfession und Staat ist aus dieser Sicht eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für Emanzipation, da die religiösen Bedürfnisse letztlich auf un menschliche Verhältnisse verweisen, die es zu überwinden gilt.

Die ablehnende Haltung ist auch unmittelbar politisch begründet, weil die islamischen Strukturen meist konservativ bis nationalistisch und fundamentalistisch orientiert sind und der Islam nach dem Militärputsch in der Türkei vom 12. September 1980 lange Zeit gegen die Linke instrumentalisiert wurde. Gerade deshalb war es sehr positiv, dass sich auch einige türkische und kurdische linke Kräfte am 16. Juni an den Aktionen gegen den „Pro Köln“-Aufmarsch in Köln-Ehrenfeld beteiligt haben.

Die Alewiten haben ihrerseits in der jüngsten Geschichte der Türkei vielfältige Diskriminierungen durch den Staat sowie von islamistischen und neofaschistischen Organisationen erlitten. In Großstädten wie Maras, Corum, Malatya und Sivas wurden von islamistisch-faschistischen Kreisen Pogrome gegen Alewiten inszeniert, wobei mehrere Menschen – vor allem auch Intellektuelle – ermordet wurden. Darin ist die derzeitige Distanz der Alewiten zu den islamischen Organisationen und Verbänden begründet.

Obwohl die Frage nach der Trennung von Staat und Religion (Laizismus) seit der Gründung der türkischen Republik (1923) im Grundgesetz verankert ist, ist das Thema in der Türkei heute noch sehr umstritten. Zumal sich in den letzten Jahren die Auseinandersetzung zwischen sog. „Laizisten“ und „Anti-Lai-zisten“ vor allem im Kontext der Erdogan-Regierung weiter zugespitzt hat. Gerade hier mischen auch die Militärs mit. Hinzu kommt der Fakt, dass das staatliche Religionsministerium der Türkei (Diyaret) nur die Interessen der

Sunna-Gemeinschaft verteidigt und die anderen Religionsgemeinschaften in der Türkei (wie z.B. Alewiten, Yeziden, Assyrer, Christen, Juden) bislang ausgeblendet hat. Deshalb ist es notwendig, auch in der Türkei Religionsfreiheit für alle Religionsgemeinschaften zu fordern.

In diesem Zusammenhang steht auch die DITIB vor der Herausforderung und Verantwortung, auf andere Religionsgemeinschaften ohne Vorbehalte zuzugehen und in den eigenen Reihen Diskriminierungen keinen Raum zu geben. Dazu gehört sicherlich, dass man die Höhe der Minarette nicht zu einer „nationalen“ Frage macht und die kommerziellen Zwecke nicht über das Gesamtprojekt stellt.

Ebenso muss klargestellt werden, dass auch Toleranz Grenzen kennen muss –



nämlich gegenüber der Intoleranz. Die Verhaltensweisen religiöser Gemeinschaften dürfen nicht in Widerspruch zu den demokratischen Grundwerten stehen. Hierzu gehören vor allem auch die Frauenrechte (Bekämpfung von Gewalt gegen Mädchen und Frauen) und die Akzeptanz von anderen ethnischen Minoritäten und Religionsgemeinschaften. Unser Ansatz sollte daher nach wie vor das Bekenntnis zur Unantastbarkeit der Menschenwürde und zu den damit begründeten Rechten der Minderheiten sein.

Für das Prinzip der kulturellen und religiösen Toleranz

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass bestehende Vorurteile und künstliche Mauern der Mehrheitsgesellschaft gegenüber den Migrant(inn)en und ihren Strukturen als Gegenreaktion auch immer wieder einen Rückzug der Migrant(inn)en in ihre „ethnischen Nischen“ hervorruft, was sich vor allem in Form einer Selbstethnisierung ausdrückt. Hierbei ist die Antwort auf Ausgrenzung, Stigmatisierung, Diffamierung und Ignoranz in der Konsequenz ein noch stärkerer Rück-

zug von der Mehrheitsgesellschaft. Gerade junge Migrant(inn)en, die hier geboren und aufgewachsen sind, kehren den Werten dieser Gesellschaft verstärkt den Rücken zu. So hat sich zweifelsohne in der Moscheedebatte eine Spaltung der Gesellschaft entlang ethnischer, rassistischer und religiöser Bruchlinien vertieft, die keineswegs förderlich ist und die Gefahr birgt, solche Rückzugstendenzen zu verstärken.

Deshalb ist es für die Linke von großer Bedeutung, sich um eine gut begründete, umfassende und überzeugende Position zu bemühen, die offensiv für Gleichstellung und Anerkennung eintritt. Die Reduzierung des vorherrschenden öffentlichen Diskurses auf den Begriff der „Integration“ ist nicht hilfreich, sondern leistet vielmehr der Abschottung gegenüber den eigentlich zielführenden Diskussionsgrundlagen Vorschub. Das Ziel ist nämlich die wechselseitige kulturelle und menschliche Bereicherung, die nur in Gleichberechtigung und aufgrund der kulturellen Selbstbestimmung aller Bevölkerungsteile möglich ist.

Deshalb muss die Linke gemeinsam mit den Gewerkschaften und allen fortschrittlichen Kräften das Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit, somit auch auf den Moscheebau verteidigen. Unsere Leitlinie ist und bleibt eine konstruktive Migrations- und Partizipationspolitik, welche bislang maßlos vernachlässigt oder aber für wirtschaftliche oder vordergründig politische Interessen im Sinne einer abstoßenden Klientelpolitik instrumentalisiert wurde. Das künstliche Hochstilisieren einer Integrationsproblematik in Zusammenhang mit der Moscheediskussion ist im Sinne der von uns angestrebten gesellschaftlichen Emanzipation kontraproduktiv.

Eine linke Migrations- und Partizipationspolitik darf sich in diesem Kontext nicht in Oberflächlichkeiten ergehen und sich auf das Terrain der Gegensätze verschiedener religiöser Bekenntnisse zerren lassen. Hinter den religiösen Fragen stecken gesellschaftliche, soziale Fragen, die es bewusst zu machen gilt. Migration, kulturelle Identität und Partizipation müssen deshalb im gesamtgesellschaftlichen Kontext gesehen werden.

Vergessen wir also nicht: Auch Muslime und islamische Einrichtungen bleiben von den gesamtgesellschaftlichen Problemen und Auseinandersetzungen nicht verschont. Für eine linke Politik kommt es deshalb auch darauf an, der genannten Zielgruppe zu zeigen, dass ihre Forderung nach Akzeptanz für ihren Glauben, für ihre religiösen Praktiken und für ihre Kultur ein Teil unseres Kampfes für unsere gemeinsamen sozialen Rechte ist.

aus Lokalberichte Köln, Nr. 15/2007

Vertrag mit Muslimen: WIESBADEN. In einem deutschlandweit einmaligen Vertragswerk hat sich die Stadt Wiesbaden mit sieben muslimischen Gemeinden darauf verpflichtet, für größere gegenseitige Akzeptanz und verstärkte Integrationsbemühungen zu sorgen. Die Stadt will dafür werben, dass die Bevölkerung den Bau von Moscheen, selbst eines geplanten Gotteshauses der vom Verfassungsschutz überwachten Organisation Milli Görüs, akzeptiert, sagte Integrationsdezernent Peter Grella (CDU). Ferner sollen Imame als Seelsorger an Krankenhäusern zugelassen und ein muslimischer Friedhof gebaut werden. Im Gegenzug ist in den 11 Paragraphen u.a. geregelt, dass die muslimischen Gemeinden sich für den Besuch von Deutschkursen und die Teilnahme an Klassenfahrten einsetzen sollen. Ein Absatz, der zur Toleranz beim Tragen von Kopftüchern verpflichtet, wurde auf Druck der CDU ersatzlos gestrichen. Kirchenrechtler Michael Germann räumt ein, dass das Vertragswerk im Prinzip lediglich „Selbstverständliches ausspricht“. Allerdings werde nun explizit schriftlich fixiert, was Religionsfreiheit und Verfassungstreue für die kommunale Praxis im einzelnen bedeuten. In Wiesbaden (237 Tsd. Ew.) leben rund 30.000 Muslime. Sieben Gemeinden unterzeichneten den Vertrag, darunter Milli Görüs. Noch unschlüssig sind die türkische Suleiman-Gemeinde, die Ditib-Gemeinde, der türkische Jugend- und Kulturbund in Biebrich und eine Gemeinde in der Bertramstraße. www.kommunale-info.de

Soziale Härten bleiben: BOCHUM. Der Rat hat gegen die Stimmen der Linken beschlossen, einen Verein zum Ausgleich sozialer Härten zu gründen. Über den Verein sollen Mittagessen in der Schule, Hochbegabtenförderung und Schulbücher bei Bedarf bezuschusst werden. „Die Linke sieht sehr wohl einen großen Bedarf“, so Ernst Lange von der Linksfraktion, „aber der Ansatz ist unseres Erachtens völlig falsch. Die Bochumer sollen immer öfter mit Spenden für städtische Aufgaben einspringen. Erst das Konzerthaus, jetzt der Verein zum Ausgleich sozialer Härten. Wo soll das enden? Als wir im Schulausschuss beantragt hatten, die Schülerbeförderungskosten bei Hartz IV komplett zu übernehmen, wurden wir bereits auf den neuen Verein verwiesen.“

www.pds-bochum.de

Horte statt „verlässlicher Grundschule“. STUTTGART. Die Stadträtin der Linken Ulrike Küstler fordert in einem Antrag: Die Stadt Stuttgart baut die verlässliche Grundschule nicht weiter aus. Statt dessen werden an den Schulen Horte mit dem fachlichen Standard des

Jugendamtes und betreutem Mittagessen eingerichtet. Denn die Betreuung in der Verlässlichen Grundschule findet in den Klassenzimmern durch Ehrenamtliche statt und die Ausstattung ist nicht anregend. Es gibt häufig kein warmes Mittagessen für die Kinder. Die Verlässliche Grundschule ist pädagogisch unbefriedigend und genügt nicht dem Ziel, alle Kinder optimal zu fördern.

Kultureller Kahlschlag in der Peripherie: FRANKFURT. A.M. 2003 wurde von CDU, Grünen, SPD und FDP, unter heftigem Protest Frankfurter Bürgerinnen und Bürger, die Schließung von vier Stadtteilbibliotheken beschlossen. Begründet wurde diese Entscheidung u. a. mit der schlechten Finanzlage der Stadt. Nach Auslaufen des Mietvertrages für die Stadtteilbibliothek im Riederwald soll nun im Jahr 2011 das endgültige Aus kommen. „Das Argument, die Stadt habe kein Geld zum Unterhalt der Stadtteilbüchereien war bereits 2003, angesichts der kulturellen Bedeutung der Stadtteilbibliotheken skandalös. Heute, bei relativ vollen Kassen, ist diese Entscheidung aber der reine Hohn“, sagt Carmen Thiele, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Die Linke im Römer. „Die bereits 1913 gegründete Stadtteilbibliothek im Riederwald ist viel mehr als ‚nur‘ eine Bibliothek. Sie leistet eine gute Schul- und Jugendarbeit, veranstaltet Lesungen, sie ist das kulturelle Zentrum für Jung und Alt.“

Linke will Nibelungen-Wohnbau stärken: BRAUNSCHWEIG. Bis zum Jahr 2002 fand sich im Gesellschaftervertrag der Nibelungen-Wohnbau GmbH die Bestimmung, dass der ausgeschüttete Gewinn 4% der Stammeinlage nicht überschreiten dürfe. Das änderte sich am 12.2.2002 als mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und FDP – gegen die Stimme des damaligen PDS-Vertreters – die Streichung dieser Bestimmung beschlossen wurde. In der Begründung zu diesem Schritt fand sich der Satz, dass dies ein „Konsolidierungsbeitrag“ für den städtischen Haushalt sei und zukünftig 8% abgeführt werden sollen. Dabei entsprach die 4%ige Abführung rund 307.000 Euro. 8% wären rund 614.000 Euro. Tatsächlich musste die Nibelungen aber folgende Beträge abführen: In 2003: 3.700.775 Euro; In 2004: 2.937.500 Euro; In 2005: 4.800.000 Euro. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende der Linken, Udo Sommerfeld: „Finanziert wurde dies in erster Linie durch Wohnungsverkäufe. Der Wohnungsbestand der Nibelungen sank vom Jahr 2000 – auch unter SPD/Grünen-Mehrheit nahm der Wohnungsbestand im Saldo kontinuierlich ab – bis zum 31.12.2006 um 748. Wir wollen nun

in einer Ratsanfrage klären, an wen die Wohnungen zum Stückpreis von durchschnittlich 27.000 Euro verkauft wurden, ob weitere Wohnungsverkäufe geplant sind und warum es bezogen auf das Stammkapital zu einer Gewinnabführung zwischen 38% bis 62% kam.“ Zu dem Schritt, das Thema Nibelungen in den Rat zu ziehen, hat die Linke ganz maßgeblich der Geschäftsbericht 2006 der Nibelungen-Wohnbau bewogen. In ungewohnt deutlichen Worten werden dort die Gewinnerwartungen der Stadt kritisiert und ein düsteres Bild für die Zukunft der städtischen Wohnungsgesellschaft gezeichnet.

www.die-linke-bs.de

Gegen den Masterplan Sport: ESSEN. Aus einer Presseerklärung der Interessensvertretung Essener Sportvereine TuS Helene: Die Interessengemeinschaft Essener Sportvereine verwahrt sich gegen gezielte Desinformation der Öffentlichkeit und beschließt weitere konkrete Maßnahmen für einen erfolgreichen Bürgerentscheid am 12. August 2007 ... Dazu erklärte der Sprecher des Bürgerbegehrens, Rolf Grotjohann: „Der Rat der Stadt hat noch in seiner vergangenen Sitzung deutlich gemacht, dass es in Essen an Geld nicht mangelt. So verzichtete er bei seinem Beschluss zur STEAG auf offiziell 50 Mio. Euro, internen Gutachten zufolge sogar auf ca. 150 Millionen Euro Einnahmen für die Stadt. Angesichts einer solchen Politik kann nicht mehr glaubhaft behauptet werden, es fehle das nötige Geld, um die Sportstätte aufrechtzuerhalten. Selbst der offizielle Betrag hätte gereicht, alle Essener Sportstätten zu sanieren und dauerhaft zu erhalten! ... Mehr als 37 Tausend Essenerinnen und Essener haben mit ihrem Unterschrift unser Anliegen unterstützt. Es hätte dem Rat der Stadt Essen gut zu Gesicht gestanden, sich diesem eindeutigen Bürgerwillen anzuschließen und damit auch noch Kosten zu sparen.“

www.dielinke-essen.de

Weniger ALG II für Kranke: HAMBURG. Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II wird bei einem Krankenhausaufenthalt der Regelsatz um 35 Prozent gekürzt. Dies hat der Senat auf eine Kleine Anfrage der GAL-Bürgerschaftsfraktion eingeräumt. Gudrun Köncke, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der GAL-Bürgerschaftsfraktion: „Kranken Menschen die Unterstützung zu kürzen, weil sie angeblich durch einen Krankenhausaufenthalt einen Vorteil erhalten, ist bodenlos zynisch. Wer Krankenhausverpflegung als Einkommen berechnet, arbeitet nicht für sondern gegen die betroffenen Menschen. Die Führung der Arge hat ihre Aufgabe offensichtlich

nicht begriffen.“ Die Arge team.arbeit.hamburg kürzt wegen der dort bereitgestellten Verpflegung bei stationärem Aufenthalt im Krankenhaus ab dem ersten Tag den Regelsatz. Monatlich werden bei Erwachsenen 121,45 Euro und bei Kindern zwischen 61,50 und 82 Euro einbehalten. Schon in der Anfrage hat die GAL auf eindeutige Gerichtsurteile verschiedener Sozialgerichte hingewiesen, die solche Kürzungen aufgehoben haben.

www.gal-fraktion.de

Kaum Spielraum für freiwillige Leistungen: ERFURT. „Entgegen den Behauptungen des Thüringer Innenministers, will das Land in den nächsten beiden Jahren den Kommunen nur jeweils drei Prozent der Gesamtausgaben für so genannte freiwillige Leistungen, wie Vereinsförderung, Bibliotheken, Schwimmbäder, Kultur- und Jugendeinrichtungen, aber auch die Wirtschaftsförderung, zugestehen“, kritisiert der kommunalpolitische Sprecher der Fraktion Die Linke Frank Kuschel. Der Abgeordnete verweist auf den Thüringer Verfassungsgerichtshof, der vom Land gefordert hat, die Zuweisungen an die Kommunen so auszugestalten, dass auch ein gewisser Anteil für freiwillige Leistungen zur Verfügung steht. Anderenfalls könne nicht mehr von kommunaler Selbstverwaltung gesprochen werden. Die Richter hatten auf Bundesländer verwiesen, wo dieser Anteil für freiwillige Aufgaben bei fünf bis zehn Prozent der Gesamtausgaben liegt.

www.pds-fraktion-thueringen.de

Zurück zur Kommune: BERGKAMEN. Wenn im nordrhein-westfälischen Bergkamen die Restmülltonnen geleert werden, zielt die Wagen das blaue Logo des Entsorgungsbetriebs Bergkamen (EBB). Seit dem 3. Juli 2006 sind sie im Einsatz, um in den 21.000 Haushalten der Gemeinde Rest-, Sperr- und Biomüll sowie Papier und Grünschnitt abzuholen. Der Stadtrat hatte entschieden, den Müll durch einen städtischen Eigenbetrieb entsorgen zu lassen. Ausschlaggebend waren Kostengründe, sagt Hans-Joachim Peters, Betriebsleiter des EBB. 30 Prozent geringere Kosten hatten Gutachter der Kommune in Aussicht gestellt – obwohl sechs neue Fahrzeuge angeschafft wurden und die 16 Mitarbeiter, weitgehend neu eingestellt, nach Tarif bezahlt werden. Die Müllgebühren sind gesunken. Für Restmüll um 5,9 Prozent in 2006 und weitere 1,5 Prozent in diesem Jahr. Bei Biomüll zahlten sie 10,6 Prozent weniger in 2006 und weiter 6,5 Prozent in 2007.

www.international.verdi.de
(Zusammenstellung: ulj)

Zum Redaktionsschluss unserer Zeitschrift ist die Urabstimmung der Gewerkschaft Deutscher Lokführer (GDL) nicht abgeschlossen. Die GDL erwartet eine breite Zustimmung zu einem Streik. Tatsächlich kann das Fahrpersonal auf eine im europäischen Vergleich erheblich unter dem Durchschnitt liegende Bezahlung verweisen. Andererseits argumentiert der DGB, dessen Mitgliedsgewerkschaft Transnet einen großen Teil der Bahnbeschäftigten vertritt, mit harten Worten gegen das Streikziel des Fahrpersonals, das einen eigenen, berufsgruppenspezifischen Tarifvertrag will. Die GDL organisiert nach eigener Auskunft (www.gdl.de) 75% der Lokführer der Bundesbahn. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (23.7.) erinnert hingegen daran, dass nach wie vor 40 Prozent der Lokführer verbeamtet seien und nicht zum Streik berechtigt. Die Zeitung definiert reibungslos funktionierende Verkehrsmittel als „Teil der öffentlichen Ordnung“. Danach wäre ein Bundesbahnstreik letztlich rechtswidrig. Nach jüngsten Pressemeldungen erhofft die Lokführergewerkschaft eine Intervention der Bundeskanzlerin beim Bahnvorstand zu ihren Gunsten.

GDL führt Urabstimmung durch

20.7.2007. „Auf dem Verhandlungsweg kommen wir zu keiner Einigung.“ Das erklärte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), Manfred Schell, gestern nach dreistündigen Tarifverhandlungen mit der Deutschen Bahn in Berlin und weiter: „Wir werden deshalb kommende Woche die Urabstimmung einleiten.“ Die GDL wird während der Urabstimmung und somit bis einschließlich 6. August 2007 keine Warnstreiks durchführen.

„Die Bahn hat uns keinen einzigen Cent mehr Entgelt für Lokführer und Zugbegleiter angeboten“, so der GDL-Bundesvorsitzende. Sie lehnt auch einen eigenständigen Tarifvertrag für das Fahrpersonal ab. So sollte die GDL lediglich den Tarifaabschluss unterzeichnen, den die Transnet mit der Deutschen Bahn abgeschlossen hat. Außerdem könne über Qualifizierung von Lokführern gesprochen werden und die Tätigkeit des Fahrpersonals könne völlig unverbindlich von einem Externen bewertet werden. „Das ist kein Angebot. Der

Arbeitgeber trägt somit die volle Verantwortung für den Arbeitskampf“, so Schell. Die GDL bleibt bei ihrer Forderung nach einem eigenständigen Tarifvertrag für das Fahrpersonal. Darüber hinaus fordert sie nun eine Entgelterhöhung von mindestens 31 Prozent. Die GDL hat aufgrund der gerichtlichen Auseinandersetzung entschieden, ihre Tarifforderungen zu modifizieren. Die ursprünglichen Entgeltforderungen von 2 500 bis 2 999 Euro für Lokomotivführer, 2 180 bis 2 615 Euro für Zugbegleiter und 1 820 bis 2 182 Euro für Gastromitarbeiter betreffen auch die Entgeltsstruktur. „Die Bahn würde alle Geschützte auffahren, um zu erreichen, dass die Entgeltstruktur der Friedenspflicht unterliegt ... Da nehmen wir lieber den Wind schon vorher aus den Segeln.“ Außerdem bleibt sie bei der Forderung, dass das Fahrpersonal wieder zur 40-Stunden-Woche zurückkehren muss. Derzeit gilt für Lokführer und Zugbegleiter eine Arbeitszeit von 41 Stunden.

www.gdl.de

GDL wird besseren Abschluss erreichen

20.7.2007 „Die Bahn muss wohl mit dem Rücken zur Wand stehen, wenn Sie mit solchen plumpen Mitteln ihre Mitarbeiter verunsichern will.“ Das erklärte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), Manfred Schell, nachdem er den Brief gelesen hatte, den die DB heute an ihre Mitarbeiter verschickt hat. Darin sollen die Bahnmitarbeiter bis spätestens 30. Juli 2007 erklären, dass Sie den Tarifaabschluss akzeptieren, den die Bahn mit Transnet/ GDBA abgeschlossen hat. Außerdem sollen sie indirekt ihre GDL-Mitgliedschaft offenbaren.

„Da erklärt die Bahn ständig, dass es technisch nicht möglich

sei, mit verschiedenen Tarifverträgen im Unternehmen zu agieren, weil sie nicht wüsste, welcher Mitarbeiter in welcher Gewerkschaft organisiert sei. Und dann versucht sie genau dies festzustellen“, so Schell. Die GDL erwägt, gegen das Schreiben der DB rechtliche Schritte einzuleiten. Außerdem hat sie ihre Mitglieder aufgefordert, dieses nicht zu beantworten.

„Wir wissen, dass wir für unsere Mitglieder einen besseren Abschluss erreichen werden“, so der GDL-Bundesvorsitzende und weiter:

„Die Bahn wirft uns vor, dass wir eine Spaltung der Eisenbahner betreiben würden. Genau das tut sie mit ihrem Mitarbeiter-schreiben.“

www.gdl.de

GDL-Aushang:

... Keine Antwort ist die beste Antwort! Die GDL appelliert an alle Mitarbeiter des Fahrpersonals: Lasst Euch nicht ins Bockshorn jagen! Zeigt dem Arbeitgeber die kalte Schulter und beantwortet dieses Schreiben erst gar nicht. Schließlich seid Ihr nicht dazu verpflichtet. Und außerdem muss der Arbeitgeber diese Einmalzahlung jedem Arbeitnehmer gewähren, für den der Tarifvertrag gilt – unabhängig von Eurer Gewerkschaftszugehörigkeit ...

Die Konzerne der Einzelhandelsbranche rechnen sich aus, den Kampfwillen der Belegschaften in einem Tarifstreik brechen zu können. Anders läßt sich der bundesweite Verlauf der Auseinandersetzung nicht mehr erklären. Die Konzernstrategie kann sich darauf stützen, dass das Arbeitskräfteangebot im Einzelhandelsbereich nach wie vor hoch und der Organisationsgrad oftmals nicht hoch ist. Allerdings haben gerade die großen Einzelhandelskonzerne ein Imageproblem. Ihre Kunden sind Lohnabhängige. Folgerichtig sucht die Gewerkschaft mit ihren Aktionen die Öffentlichkeit. Die Lohn- und Tariffbewegung im Einzelhandel wird sich erheblich auf den Lohnstandard im Niedriglohnbereich auswirken. Ein nicht zu unterschätzender Punkt ergibt sich weiter aus der Rolle des Einzelhandels im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess. Die Ladenöffnungszeiten setzen Marken für den Lebensstil: Hier die jederzeitige Verfügbarkeit von Konsumgütern, dort die jederzeitige Verfügbarkeit der Arbeitskraft. So finden derzeit in in allen Regionen Arbeitskämpfe und Tarifverhandlungen statt. In allen Tarifregionen hatten die Arbeitgeber die Manteltarifverträge zum Jahresende gekündigt. Die Einkommens-Tarifverträge waren nach und nach in der ersten Jahreshälfte ausgelaufen. Die Arbeitgeber fordern den Verzicht auf Zuschläge und wollen die Arbeitszeiten noch stärker flexibilisieren, um längere Ladenöffnungszeiten leichter finanzieren zu können.

Tarifverhandlungen im bayerischen Einzelhandel endgültig geplatzt

Warnstreiks zeigen Wirkung – Unternehmer blockieren aber weiter!

München, den 23. Juli 2007. Die Tarifverhandlungen für den bayerischen Einzelhandel sind heute in der 3. Verhandlungsrunde endgültig geplatzt. Bereits nach wenigen Minuten erklärten die Unternehmer, dass sie kein Angebot für Entgelterhöhungen machen werden, aber weiterhin auf ihren Gegenforderungen bestehen.

Zwar zeigen die mehr als 65 Arbeitskampfmaßnahmen im bayerischen Einzelhandel in den letzten Wochen deutliche Wirkung, aber die bestimmenden Konzerne blockieren weiterhin die Verhandlungen, so der Eindruck der Verdi-Verhandlungskommission.

Begonnen hatte der Tag mit einer Protestaktion von Betriebsräten und Beschäftigten aus dem Münchner Einzelhandel vor dem Verhandlungslokal. Un-

überhörbar trugen sie die Botschaft aus den 65 Streikbetrieben mit über 250 beteiligten Filialen den anreisenden Unternehmervvertretern vor. Besonders verärgert zeigten sich die Beschäftigten von dem geplanten „Moon-Light-Shopping“ in München, an der bis 24 Uhr im Münchner Innenstadtbereich die Geschäfte öffnen sollen. „Operative Hektik ersetzt geistige Windstille“, kommentierte ein Beschäftigter diese völlig unsinnigen Zusatz- und Nachtöffnungszeiten.

„Der Einzelhandel ist eine Branche, in der sämtliche Probleme des Handels auf die Beschäftigten abgewälzt werden: Senkung der Personalkosten, Niedrigstlöhne für Schwerstarbeit, Druck auf die Beschäftigten, Personalabbau und immer längere Öffnungszeiten. Das

muss endlich aufhören,“ sagt Orhan Akman, Verdi Streikleiter München und Mitglied der Verdi-Verhandlungskommission vor dem Verhandlungslokal.

„Die Blockadehaltung der Unternehmer im bayerischen Einzelhandel missachtet die Leistung der Beschäftigten, greift die existenzsichernden Tarifver-



18.7. München. <http://handel.bayern.verdi.de>

Elisabeth Baum, Betriebsrätin, Hamburg:

Mut zur Wut – Warnstreiks im Einzelhandel

Nachdem sich 90% der gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten im Hamburger Einzelhandel für einen Arbeitskampf ausgesprochen haben, haben 400 Kolleginnen und Kollegen in der letzten Woche einen ersten befristeten Warnstreik durchgeführt.

Dabei geht es zum einen um die von der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi geforderte Erhöhung der Grundlöhne um 5%, mindestens aber 100 Euro im Monat. Zum anderen möchten die Arbeitgeber u.a. die bisherigen Nacht- und Spätzulagen ersatzlos streichen. Ihr Argument: Durch die Aufhebung des Ladenschlussgesetzes und die nach wie vor schwierige ökonomische Lage des Einzelhandels seien diese Regelungen des Manteltarifvertrags obsolet und nicht mehr finanzierbar.

Die Arbeitsbedingungen im Einzelhandel haben sich im Laufe der Jahre immer mehr verschlechtert – jetzt sollen sie also noch schlechter werden. Das Ladenschlussgesetz gibt es nicht mehr – nun heißt es Ladenöffnungsgesetz! Viele Bundesländer haben auf das Zeichen aus Berlin gewartet, um selbst die Pforten öffnen zu können. Traurig ge-

nug, das Berlin als erstes Bundesland den Sonntag für den Kommerz freigegeben hat – nun will auch Hamburg nachziehen. Erste Gespräche gibt es schon. Und das alles, obwohl viele Einzelhändler die Öffnungszeiten schon wieder zurückfahren, weil sie gesehen haben: Wir brauchen keine längeren Öffnungszeiten!

Es geht also im laufenden Arbeitskampf nicht nur um die Erhöhung des Grundlohns, sondern auch um die Regelungen des Manteltarifvertrag (Arbeitszeit und ihre Bezahlung) für die 56.000 im Einzelhandel beschäftigten Kolleginnen und Kollegen. Derzeit leben wir mit einem gekündigten Manteltarifvertrag, der unter anderem die Zuschläge für die späten unattraktiven Arbeitszeiten regelt. Wir bekommen gegenwärtig für die Arbeitszeit ab 18:30 bis 20:00 Uhr 20% – für die Arbeitszeit ab 20:00 Uhr 50% Zuschlag. Geplant ist nun die gesamte Woche von Montag bis Samstag (am liebsten auch noch den Sonntag) zur Normalarbeitszeit zu erklären – ohne jegliche zusätzliche Vergütung und ohne Rücksicht auf soziale Bindungen.

Die meisten Beschäftigten im Einzelhandel sind Frauen, die allein schon unter den schlechten Arbeitsbedingungen leiden und nun auch noch zusätzliche Einbußen hinnehmen müssten, wenn die Zuschläge wegfallen sollten. Belastende Begleitumstände wie die Unvereinbarkeit von Familie und Beruf durch wenig verlässliche Arbeitszeiten sowie kaum planbare Freizeit interessieren hier wirklich nur die Betroffenen und den einen oder anderen Betriebsrat.

Für mich persönlich ist die Tarifrunde um den Manteltarifvertrag um ein Vielfaches wichtiger als die Verhandlungsrunde um Geld. Was nützen mir die 100 EUR brutto, wenn die Familie frei hat, wenn ich arbeiten muss? Wo soll ich das Geld ausgeben? Die Theater führen ihre Vorstellungen auf, wenn ich arbeite. Am Wochenende haben die Kinder schulfrei – ich arbeite!

Auch Urlaubs- und Weihnachtsgeld stehen zur Disposition, sowie die Freistellung „aus besonders begründeten Anlässen“. Das bedeutet, das ich mir für Muttis Beerdigung Urlaub nehmen müsste. Auch die Freistellung zur ehrenamtlichen Gewerkschaftsarbeit ist gefährdet. Sind die ehrenamtlichen Funktionäre zu gefährlich?

Unsere Mütter und Väter haben für den bestehenden Tarifvertrag gestritten

Die Forderungen von Verdi für die Beschäftigten im bayerischen Einzelhandel:

- Erhöhung der Löhne und Gehälter um 125 Euro im Monat. Auszubildende sollen 50 Euro mehr bekommen.
 - Ein existenzsicherndes Mindesteinkommen von 1.500 Euro für Vollzeitarbeit.
 - Sicherung und Weiterentwicklung der Zuschlagsregelung für unsoziale und familieneindliche Arbeitszeiten.
 - Schutzregelungen für verlässliche und planbare Arbeitszeiten, die Familie und Beruf vereinbaren lassen.
 - Regelungen, die das Abrutschen von Beschäftigten in prekäre Beschäftigungsformen wie Leiharbeit und Befristungen verhindern.
 - Besserer Schutz vor Überfällen in den Filialen des Einzelhandels.
 - Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Arbeitsbedingungen.
- Vorausgegangen war eine schriftliche Umfrage der Beschäftigten, an der sich mehrere tausend Menschen beteiligt haben.

Das Ergebnis war überraschend eindeutig: Über 80 % der Beschäftigten geben dem Erhalt der tariflichen Leistungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld, dem Erhalt der Zuschläge und dem Anspruch auf verlässlich geplante Arbeitszeiten oberste Priorität. Sie erteilen damit den Forderungen der Arbeitgeberverbände nach Streichung der Zuschläge und völliger Flexibilisierung der Arbeitszeiten eine klare Absage. Höherer Stellenwert des Gesundheitsschutzes, Sicherheit in den Filialen vor Überfällen und die Begrenzung prekärer Beschäftigung folgen unmittelbar an zweiter Stelle. Eindeutig ist die Erwartung nach Reallohnsteigerung für die steigende Leistung: 86 % der Befragten halten ihr Gehalt für nicht angemessen.

Schon heute können sich zwei Drittel der Menschen im Einzelhandel nicht vorstellen, unter den derzeitigen Arbeitsbedingungen gesund das Rentenalter zu erreichen.

träge in ihrer Substanz an und führt zu einer weiteren Verschärfung der Tarifrunde,“ kritisiert der Verdi-Verhandlungsführer Hubert Thiermeyer.

„Wenn die Lösung des Tarifkonflikts im Einzelhandel in den nächsten Wochen auch in den anstehenden Verhandlungen der anderen Bundesländern nicht gelingt, werden wir im September die Arbeitskampfmaßnahmen deutlich

verschärfen müssen um lebenswerte Arbeitsbedingungen im Einzelhandel zu erhalten“, so Thiermeyer weiter.

Die Tarifparteien vereinbarten keinen neuen Termin, am 31. Juli wird die Große Tarifkommission in Bayern das weitere Vorgehen beraten und vorbereiten.

<http://handel.bayern.verdi.de/tariffbewegung/einzelhandel/>

DIHK für Betreuungsgutscheine für Kleinkinder. FAZ, Mo. 5.7.07.

L. G. Braun, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, spricht sich für die Einführung von Gutscheinen für die Bildung und Betreuung von Kleinkindern zwischen ein und drei Jahren aus. Betriebe mit weniger als 1.000 Beschäftigten sollen eine Anschubfinanzierung von 10.000 Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds für die Einrichtung betrieblicher Kinderbetreuung erhalten. L. G. Braun sagte, er befürworte aus Sicht der deutschen Wirtschaft das Ziel der Bundesregierung, bis zum Jahr 2013 für 35 % der Kleinkinder Betreuungsplätze zu schaffen. Der DIHK gehe davon aus, dass in der Kinderbetreuung und in haushaltsnahen Dienstleistungen ein verborgenes Potenzial von 60.000 Vollzeitarbeitsplätzen stecke, es müsse allerdings erst aus der Schwarzarbeit herausgeholt werden.

„Klimacent“ stößt bei Stromkunden auf Kritik. FAZ, Do. 12.7.07.

Das Bundesumweltministerium distanziert sich von seinen eigenen Vorschlägen, einen „Klima-Cent“ für Stromkunden einzuführen. Vor allem der Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen (GdW) lief dagegen Sturm. Der Vorschlag gehört zu einem Katalog von Zwangsmaßnahmen zur Umsetzung der Klimaschutzziele. Der GdW befürchtet, auf den Kosten sitzen zu bleiben: Das Vorhaben, dass Hauseigentümer, die sanierten, die Kosten künftig leichter auf die Mieter umlegen könnten stoße in der Praxis auf Grenzen. Die Rechtsprechung mache Mieterhöhungen wegen energetischer Modernisierung kaum möglich.

BDI warnt vor europäischem Schutzwall. FAZ, Sa. 21.7.07.

Es reiche, einige wenige Sektoren wie Rüstungsindustrie und Energieversorgung zu definieren, in denen ausländischer Staatseinfluss unerwünscht oder gefährlich sei, so der Bundesverband der Deutschen Industrie. Der BDI kommentiert den Vorstoß der Bundeskanzlerin für eine europäische Regelung zum Schutz gegen Unternehmensübernahmen durch ausländische Staatsfonds. H. Weiss, früherer BDI-Präsident: „Keine andere Industrienation ist so sehr auf das Ausland angewiesen. Wir sind nicht nur traditionell Exportweltmeister...“ Deutschland sei wesentlich abhängiger von ausländischem Kapital als z.B. Frankreich, Italien oder Spanien. Bei einer europäischen Regelung müsse man fürchten, dass es zu weitgehenden Regeln komme, die gerade der deutschen Volkswirtschaft schaden. „Wir haben noch keine gemeinsame Außenwirtschaft und erst recht keine gemeinsame Wirtschaftspolitik.“

Presseauswertung: Rosemarie Steffens



24.7.: Warnstreik bei real Hamburg. scc

– sollen wir jetzt alle Verschlechterungen einfach klag- und kampfflos hinnehmen? Es steht zu viel auf dem Spiel und heute setzen wir die Maßstäbe für die Zukunft des Einzelhandels. Schon jetzt gibt es genug Betriebe, die entweder gar nicht tarifgebunden sind oder trotz Tarifbindung unter den Standards bleiben und ihre Beschäftigten wie moderne Sklaven halten. Wer Widerworte wagt, fliegt raus!

Die Arbeitgeber interessieren unsere Probleme und Sorgen überhaupt nicht und wie immer vergessen sie, dass wir

vor Ort auch ihre Gehälter erarbeiten. Und: Faktische Lohnkürzungen im Einzelhandel schwächen den privaten Konsum und damit die wirtschaftliche Entwicklung.

Ich erhoffe mir von dieser Tarifrunde, das wir endlich eine überfällige Haltelinie nach unten einziehen können und mit diesem Tarifvertrag den Betriebsräten den Rücken stärken. Ich appelliere an die Beschäftigten, mit uns für den Manteltarifvertrag zu streiten und an die Kunden, uns zuzuhören.

<http://www.hier-ist-die-linke-hamburg.de>

Wie aus einer Straßenumbenennung eine Bekenntnisfrage wird

Am 18. Juli will sich der Stadtrat den massiven Kritiken stellen, die an der geplanten Umbenennung der Meiserstraße geführt werden: Die Stadt Nürnberg entschied sich Anfang des Jahres, den Namen des 1956 als Landesbischof der evangelischen Kirche Verstorbenen nicht mehr als Straßenbezeichnung zu verwenden. Der Grund für diese herbe Maßnahme liegt in der antisemitischen Propaganda, die Meiser bereits als Leiter eines protestantischen Predigerseminars in den Zwanzigerjahren an herausgehobener, nachwirkender Stelle verbreitete. Der Tatbestand ist nicht umstritten.

Antisemitismus und Hass auf die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen waren in den Eliten des Deutschen Kaiserreichs weit verbreitet und in beiden christlichen Kirchen etabliert. Sie waren dort wie in den säkularen Eliten des Kaiserreichs vorherrschend, aber nicht allein herrschend. In der Weimarer Republik boten solche Ansichten den Nazis taktische Ansatzpunkte. Ihre Absicht der Judenvernichtung konnte am konservativen Antisemitismus ansetzen, ihre totalitäre Staatspraxis an dem Wunsch nach Gängelung der arbeitenden Klassen. Die Verknüpfung der Nazi-Bewegung mit den konservativen Eliten war die Taktik Hitlers, München der Ort, an dem er sie praktisch entwickelte.

An Kirchenführern wie Faulhaber und Meiser wäre es gewesen, der politischen Strategie der Nazis entgegenzutreten. Während andere Christen das taten, kann man diesen beiden vorwerfen, Lehren vertreten zu haben, die eine Verbindung von christlichem Konservatismus und Nazi-Bewegung erleichterten. Richtig ist aber auch, dass beide mit den Nazis an der Macht in Widersprüche gerieten.

Der Stadtrat hat 2002 die von den Bündnisgrünen beantragte und von der PDS unterstützte Aberkennung der Ehrenbürgerschaft Faulhabers und die Umbenennung der nach ihm benannten Straße mit den Stimmen auch der SPD abgelehnt. Dass der Antrag zur Umbenennung der Meiserstraße jetzt von der SPD unterstützt wird, erfährt nun aus den Reihen des Münchner Protestantismus scharfe Kritik.

Das Argument, dass die Fälle Faulhaber und Meiser nach den gleichen Maßstäben beurteilt werden müssen, ist nicht von der Hand zu weisen. Ein Stadtratsbeschluss zur Umbenennung der Meiserstraße wird den Fall Faulha-

ber neu auf die Tagesordnung bringen.

Faulhaber und Meiser als politische Vorbilder



Die Benennung der Straßen und Plätze ist eine politische Entscheidung, die hierzulande durch die Organe der kommunalen Selbstverwaltung gefällt wird. Für die meisten Menschen gehört der Straßename einfach zur Adresse, als eine Bezeichnung ohne Bedeutung, so wie die Postleitzahl lediglich aus organisatorischen Gründen nötig ist. Anderswo

werden auch bloße Nummern zur Straßenbezeichnung verwendet. Wählt aber die Gemeinde den Namen einer verstorbenen Person zur Bezeichnung einer Straße aus, so will sie damit deren Lebensweg würdigen. Sie wird als Vorbild in den öffentlichen Raum gestellt. Bei der Verwendung des Straßennamens im täglichen Leben fällt diese Funktion allerdings fast ganz aus. Wenn z.B. durch Schreiben oder Lesen die Buchstabenfolge „Meiser“ Hunderte von Malen am Tag neu generiert wird, kommt dabei die Vorbildlichkeit Meisers wohl kaum jemandem in den Sinn. Die Frage nach der Bedeutung eines Straßennamens stellt sich im Zusammenhang der Adresse normalerweise nicht.

Wenn aber ein Stadt- oder Gemeinderat eine Straße nach einer Person benennt, soll die Auswahl der Bezeichnung der ganzen Öffentlichkeit etwas zu verstehen geben.

Welche Bedeutung hatte die ehrende Verwendung der Namen „Faulhaber“ und „Meiser“ durch den Stadtrat in der Nachkriegszeit? Sie bedeutete den Zeitgenossen, dass über die Rolle des Konservatismus bei der Machtergreifung der Nazis der Mantel des Schweigens gebreitet werden solle. Die entsprechenden nachweislichen Taten der beiden Kirchenführer wurden beispielhaft ausgeblendet.

Diese Praxis des Ausblendens und Retuschierens von Biografien war in der Nachkriegs-BRD eine wichtige Form der Vergangenheitsbewältigung. Sie wurde von den Siegermächten aus praktischen Gründen geduldet, deren Sorge war die Wiederbelebung des

Nazi-Unwesens, und in diesem Zusammenhang war es positiv, wenn Konservative ihre ehemaligen Sympathien für die Nazis nicht mehr zeigten. Als der Stadtrat dann Faulhaber und später Meiser ehrte, wies er die vielen anderen, einschlägig „Belasteten“ auf ihre Chance hin, durch Anpassung an die neuen Verhältnisse vorwärts und zu Ehren zu kommen.

Den damals politisch Verantwortlichen wird klar gewesen sein, dass diese Botschaft ihre Zeit hat. Vielleicht haben sie auch vermutet, dass die mit den beiden Namen verbundenen Probleme zusammen mit der ganzen Generation absterben würden.

Die Aktualität der Fälle

Es sind ja nicht nur die Fälle Faulhaber und Meiser, die plötzlich neuerlich Diskussionen auslösen. Die Praxis des Verschweigens, Ausblendens, Vergessens löst zunehmend Kritik aus. Ein wichtiger Grund ist, dass in der Nachkriegszeit in Deutschland unter der Aufsicht der Siegermächte an eine Wiederbelebung des Nationalsozialismus nicht zu denken war. Heute ist das anders. Ideologien, die seinerzeit eine Verbindung zwischen Konservativen und Nazis leisteten, werden neuerlich zum Problem, weil es eine neue, aktive Nazi-Bewegung gibt, die vom Staat bis jetzt geduldet wird.

Die Forderung nach klarer und eindeutiger Abgrenzung zwischen Konservativen und Nazis wird damit aktuell und praktisch relevant.

Die durch die Ehrung als Vorbilder in den öffentlichen Raum gestellten Namensgeber rücken in dieser Situation mit anderen Facetten ihres Wirkens ins Licht. Bedeutsam wird die Tatsache, dass eine offene und kritische Auseinandersetzung mit der Rolle der beiden bei der Etablierung des Nazi-Regimes seinerzeit fehlte.

Die beiden Kirchen, die um das Problem der Verstrickung ihrer Repräsentanten wissen, hätten als erste erkennen müssen, dass die fortgesetzte Ehrung von Leuten wie Faulhaber und Meiser unter der Gegebenheit der neuen Nazi-Bewegung dient und alte Verbindungswege zwischen dem Konservatismus und der Nazi-Propaganda öffnet.

Das Verhalten der Kirchen

Die beiden Kirchen, im Fall Faulhaber die katholische, im Fall Meiser die evangelische sind drauf und dran, eine durch und durch weltliche Frage zu eine Fra-



Während in Nürnberg die Umbenennung der Bischof-Meiser-Straße in Zusammenarbeit mit den protestantischen Institutionen gelang, rächt sich in München das Festhalten an der Ehrenbürgerschaft des in gleicher Weise problematischen katholischen Kardinals Faulhaber. In dieser Sache ist die SPD 2002 einem Antrag der Grünen auf Aberkennung der Ehrenbürgerschaft nicht gefolgt. Wenn die SPD heute der Umbenennung der Meiserstraße zustimmt, ist sie gefordert, ihr Verhalten im Fall Faulhaber zu korrigieren. Bild: <http://nuernberg.vvn-bda.de/spitalgasse.jpg>

ge des Bekenntnisses zu stilisieren. Ob eine Straße Faulhaberstraße oder Meiserstraße heißt ist in keiner Weise Sache des Bekenntnisses.

Die Religionsgemeinschaften spielen durchaus ihre Rolle im öffentlichen Raum. So zum Beispiel durch die Bauwerke, die zu errichten ihnen ermöglicht werden muss. Sie können Prozessionen und Demonstrationen durchführen. Das alles tun sie unter Billigung der Öffentlichkeit, aber sie tun es selbst, in

ihrer eigenen Verantwortung.

Die Straßen aber benennt der Stadtrat. Werden Kirchenleute zu Namensgebern, werden sie politisch gewürdigt. Die Glaubhaftigkeit ihres Bekenntnisses wird dadurch nicht berührt. Das läge auch nicht in der Kompetenz des Stadtrates.

Den Gläubigen zu predigen, dass sie in ihrer Bekenntnisfreiheit gemeint seien, wenn die Meiserstraße umbenannt wird, ist politische Irreführung.

Die Auseinandersetzung um die kolonialistisch benannten Straßen

Auch die Auseinandersetzung wegen der Umbenennung der kolonialistisch benannten Straßen war und ist weiterhin nicht einfach. Hauptgrund ist hier, dass sich die Bewohner, denen diese Namen konkret nichts sagen, durch den Aufwand der Umbenennung schikaniert fühlen. In der Auseinandersetzung zeigen sich allerdings auch noch die Gespenster der deutschen Kolonialzeit. Anders als in den oben genannten Fällen, in denen die Ehrung unter Ausblendung problematischer Teile der Biografien erfolgte, verhält es sich hier. Die Benennung erfolgte aus dem Geiste des Kolonialismus. Die namensgebenden Personen wurden von den Namensgebern direkt wegen der Verbrechen geehrt, die sie im Namen und Auftrag des Deutschen Reichs gegen die kolonisierten Völker begangen hatten.

Schon weil die Folgen jener verbrecherischen Taten keineswegs Geschichte sind, sondern immer noch aktuell fortwirken, ist die Umbenennung eine politische Aufgabe. Sie darf aber nicht obrigkeitlich verordnet werden, die öffentliche Meinungsbildung muss dem Umbenennungsbeschluss vorausgehen. Wer in einer solchen Frage auf verfügbare Mehrheiten in Vertretungskörperschaften setzen wollte, hätte schon verloren. Der kommende Kommunalwahlkampf bietet den Parteien die Chance zur Diskussion. *Martin Fochler*

Dieser Beitrag erschien in „MitLinks“ Nr. 20 / Juli 2007. „MitLinks“ ist die Zeitschrift der offenen Liste der Linken im Stadtrat. www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Nürnberg, du machst es besser

In Nürnberg ist es gelungen, die notwendige Umbenennung der dortigen Meiserstraße ohne Brüskierung der protestantischen Gemeinden zu vollziehen. Wir dokumentieren 1. den Antrag, mit dem die Behandlung im Nürnberger Stadtrat, Sitzung vom 10. Mai 2006 eingeleitet wurde und 2. die Presseerklärung, in der sich die Nürnberger Bündnisgrünen am 24.1.07 bei der evangelischen Kirche für die faire Diskussion bedanken.

Dok. 1: Rolle und Handeln des früheren evangelischen Landesbischofs Hans Meiser und Straßenbenennung.

Die Evangelische Kirche in Bayern erinnert dieses Jahr in verschiedenen Veranstaltungen an den 50. Todestag und den 125. Geburtstag ihres früheren Landesbischofs Hans Meiser. Das Gedenkjahr hat die Diskussion über

die Rolle Meisers während der Zeit des Nationalsozialismus und seine Einstellung gegenüber Menschen jüdischen Glaubens erneut entfacht.

Unbestritten hat sich Bischof Meiser um die evangelische Kirche in Bayern verdient gemacht. Tatsache ist aber auch, dass er öffentlich Nationalsozialismus und Antisemitismus geduldet hat. Bereits in den 1920-er Jahren zeigte er eine antijüdische Einstellung, was durch viele Zitate belegt ist. Bei seiner Amtseinführung als Landesbischof im Juni 1933 stand die SS den Hitlergruß zeigend Spalier. Von 1933 bis 1945 ist er nicht gegen die Verbrechen des Nationalsozialismus eingetreten. Stattdessen hat er z.B. an Hitlers Geburtstag im Jahr 1940 im Gottesdienst für den „Führer“ gebetet. Nach 1945 hat Hans Meiser sich nicht mit seiner Rolle und seinem Handeln während der NS-Zeit auseinandergesetzt. Im Gegenteil: Er schritt nicht dagegen ein, dass die evangelische und die katholische Kirche über ein gemeinsames

Büro, das sogenannte Caritasbüro, Hilfsaktionen für inhaftierte Nazi-Kriegsverbrecher organisierten. Er ließ zu, dass dieses Büro von Heinrich Malz, dem früheren persönlichen Referenten von Ernst Kaltenbrunner, dem Chef des Reichssicherheitsdienstes, geleitet wurde. Im Jahr 1953 weigerte er sich, an einer Gedenkfeier für Pfarrer Friedrich Bonhoeffer in Flossenbürg teilzunehmen, der dort von den Nazis ermordet wurde. Das Handeln und die Einstellung von Bischof Meiser steht für uns in Widerspruch zum Gebot der christlichen Nächstenliebe, nach dem alle Menschen vor Gott gleich sind. Wir halten die historische Aufarbeitung seines Wirkens in Nürnberg und seiner Rolle vor, während und nach der Zeit des Nationalsozialismus für überfällig. Auch muss thematisiert werden, ob es gerechtfertigt ist, dass nach Bischof Meiser in Nürnberg eine Straße benannt ist.

Zur Behandlung im Stadtrat stellen wir folgenden Antrag: Das Stadtarchiv

Nürnberg beleuchtet die Rolle und das Handeln des früheren Landesbischofs Hans Meiser und zwar vor, während und nach der Zeit des Nationalsozialismus. Das Stadtarchiv wird gebeten, die Verdienste und das Versagen von Bischof Meiser abzuwägen und zu beantworten, ob es gerechtfertigt ist, dass Straßen und Plätze nach ihm benannt sind.

Dok 2: Presseerklärung der Nürnberger Bündnisgrünen zum Stadtratsbeschluss vom 24.1.2007

Nach längerer Diskussion und im Einvernehmen mit der Evangelischen Kirche in Nürnberg werden wir heute die Umbenennung der „Bischof-Meiser-Straße“ in „Spitalgasse“ beschließen. Vorausgegangen ist eine intensive öffentliche und interne Diskussion über die Person Meiser und sein Wirken vor, während und nach der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Dabei ist das Aufrechnen unbestrittener Verdienste von Bischof Meiser für die evangelische Kirche mit seinen rassistischen und antisemitischen Aussagen nicht zulässig.

In die Entscheidung einzubeziehen ist die Geschichte der Stadt Nürnberg als Stadt der Verkündigung der Rassegesetze und der Reichsparteitage bis zum heute erfolgreichen Bemühen als Stadt des Friedens und der Menschenrechte. Dieser besonderen Rolle Nürnbergs muss ebenfalls Rechnung getragen werden.

Nicht unerwähnt bleiben darf, dass die Meiser-Straße im ehemaligen jüdischen Viertel auf dem Weg zur 1933 zerstörten Synagoge liegt. Auch aus Respekt für die Opfer, Überlebenden und Nachkommen des Holocaust ist die Umbenennung zu begrüßen und angesichts der heutigen Erkenntnisse und einer sich wandelnden Erinnerungskultur sinnvoll und notwendig.

Das Symposium am letzten Samstag hat zum Nachdenken über den Umgang der Stadt mit seinen historischen jüdischen Wurzeln im Stadtbild geführt. Hier sind in Zukunft unabhängig von der Diskussion um Bischof Meiser noch weitere Anstrengungen nötig, um diesen Teil der Nürnberger Geschichte zu dokumentieren. Nachdenken sollte man sicherlich auch über den Hinweis von Herrn Prof. Frei, dass eine Straßenbenennung kurz nach dem Tod eines Menschen eine historische Aufarbeitung der Leistungen schwierig machen kann.

Zum Schluss nochmals der Dank an die evangelische Kirche und ihre Gremien in Nürnberg für den konstruktiven Dialog.

Das folgende Referat von Hedwig Krimmer, Verdi Bayern, entnahmen wir den Lokalberichten München

Je mehr Not – desto mehr Notstand oder: Der Staatsumbau seit 1990

Liebe Kolleginnen und Kollegen, fast täglich finden wir inzwischen in den Zeitungen Meldungen, die der Grund sind, warum wir hier zusammengekommen sind. Nehmen wir z.B. die „Süddeutsche Zeitung“ vom 4. Juli, so finden wir zwei Schlagzeilen:

1. Der Armee-Einsatz in Heiligendamm – Tornados und Spähpanzer wurden bei den Demonstrationen gegen den G 8-Gipfel eingesetzt.

2. Das Bundesverfassungsgericht billigte den Tornado-Einsatz in Afghanistan. Es begründet dies so, dass es sich selbst und das Parlament entmachtet, nämlich: Wenn die Regierung einen Einsatz für rechtens hält, darf man davon ausgehen, dass er auch rechtens ist.

Tags darauf erklärt Angela Merkel, Bundeskanzlerin und oberste Kriegsherrin der BRD, die Schranken des Grundgesetzes in Sachen Bundeswehreinsatz für „Vergangenheit“ und propagierte den schrankenlosen Einsatz der Bundeswehr nach Außen und nach Innen.

Das sind zwei der zahllosen Spitzen, die immer wieder die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich ziehen und dann auch viele Kolleginnen und Kollegen beunruhigen. Diese Spitzen kommen inzwischen fast täglich, erst gestern wieder die Schlagzeile aller Zeitungen: Schäuble will auf Verdacht potentielle Terroristen und Extremisten einsperren und töten lassen können.

Nun kann man sagen, alles lauter Einzelfälle, zufällige Anhäufungen. Man kann sagen – alles der wahnsinnige Schäuble. (Wobei man hier dann schon sagen müsste: Dann war der Otto Schily auch wahnsinnig. Oder es ist anders herum: Sobald man Innenminister der Bundesrepublik Deutschland wird, wird man offensichtlich wahnsinnig ...)

Oder aber die Sachlage stellt sich so dar: Ist es auch Wahnsinn – so hat es doch Methode.

All diese Spitzen – sie sind Spitzen eines Eisberges, der ständig und mehr und mehr diese Spitzen hervorbringt.

Schauen wir uns dazu den Bundeswehreinsatz in Heiligendamm an.

Das war nicht Zufall, im Gegenteil: Das war vorher sogar geprobt.

Der Norddeutsche Rundfunk berichtete im Vorfeld:

„In diesem Zusammenhang ist für März in Rostock und den benachbarten Landkreisen die erste Sicherheitsübung

für den Gipfel in Heiligendamm geplant. Dabei werden das Zusammenwirken von Sicherheits- und Hilfskräften etwa bei Demonstrationen oder Auseinandersetzungen mit militanten Globalisierungsgegnern trainiert, sagte Oberst Manfred Pape als Chef des Bundeswehr-Landeskommandos in Schwerin. Bei den Übungen würden auch die neuen zivilmilitärischen Verbindungskommandos einbezogen.“

Kurz zuvor, im Februar ist in der Militärzeitschrift „Europäische Sicherheit“ ein Artikel vom Oberstleutnant im Generalstab Philipp Leyde zu Übungen der Bundeswehr zu lesen. Auf einem Foto sind Soldaten und Panzerfahrzeuge zu sehen. Die Bildunterschrift lautet: „Soldaten des JgBtl 292 bei der Ausbildung gegen Demonstranten“. Sämtliche Demonstranten tragen Blaumann. Von wegen Schwarzer Block....

Der Einsatz der Bundeswehr in Heiligendamm war also kein Zufall.

Er war die Folge des Konzepts der sog. „zivilmilitärischen Zusammenarbeit“.

Was verbirgt sich dahinter?

Seit Januar 2007 wird der Aufbau eines flächendeckenden militärischen Heimatschutzes von Bundeswehr, Reservisten und zivilen Organisationen vorangetrieben. Allen 16 Landesregierungen stellt der deutsche Generalstab Bundeswehroffiziere zur Seite, so genannte „Landeskommandos“ – am 18. April in der Münchner Residenz war abgesichert von der Öffentlichkeit die „Feierliche Indienststellung“ des bayerischen Landeskommandos – als „Ansprechpartner der Landesregierung in allen Fragen der möglichen Unterstützungsleistungen der Bundeswehr“ (Streitkräftebasis der Bundeswehr)

In allen 426 Landkreisen und kreisfreien Städten werden „Verbindungskommandos“ ortsansässiger Reservisten installiert. (anfangs je 12, also insgesamt ca. 10 000, die CDU/CSU verlangt eine Gesamtzahl von 250 000.) Zur ständigen Präsenz sollen sie in den Rathäusern und Landratsämtern Räume erhalten. Da reicht ein Gang ins nächste Zimmer, um sich eine Anforderung im Rahmen der „Amtshilfe“ zu organisieren.

Auch in Heiligendamm wurde der Einsatz der Bundeswehr mit der sog. Amtshilfe legitimiert. Dutzendweise wurden im Voraus, sozusagen auf „Vorrat“, Amtshilfesuche gestellt. Die decken keinen militärischen Bundeswehreinsatz ab – aber wer weiß das schon. Per Amtshilfe kann nicht verfassungswidrig der Einsatz der Bundeswehr angefordert werden. Wenn dem so wäre, hätte es ja die Notstandsgesetze nie gebraucht, und müsste Schäuble keine Grundgesetzänderung wollen.

Weiter sollen die Verbindungsoffiziere dieser Heimatschutzkommandos ständig die zivilen Hilfsorganisationen wie Feuerwehren, Arbeiter-Samariter-

Bund, Rotes Kreuz etc. bis hin zur DLRG in das Bundeswehr-Konzept der „zivilmilitärischen Zusammenarbeit“ einbinden. Diese Hilfsorganisationen umfassen 3,5 Millionen Menschen, die sich für die Lebensrettung engagieren. Jetzt sollen sie jenen zuarbeiten, deren Handwerk im Töten besteht. Keine einzige dieser Organisationen ist gefragt worden, ob sie in dieses Konzept einbezogen werden will, geschweige denn die 3,5 Millionen Helfer. Im übrigen ist auch nie ein Parlament gefragt worden, ob es dieses Konzept will. Es gibt auch kein Gesetz zu diesem Konzept. Es wird einfach gemacht.

Auch die Sanitäter in den Betrieben werden in diese zivilmilitärische Zusammenarbeit einbezogen. Bei Opel Rüsselsheim z.B. machen nun die Sanitäter ihre Kurse in der Kaserne. In Heiligendamm wurde im Rahmen der zivilmilitärischen Zusammenarbeit die Klinik von Doberan unter die faktische Kontrolle der Bundeswehr gestellt. (Siehe auch unter: www.streitkraeftebasis.de).

Mit im Einsatz in Heiligendamm war die Bundespolizei.

Eine Kollegin aus München hat fotografiert, wie ein Hubschrauber der Bundespolizei gerade ein bis zwei Meter über dem Boden über die Wiese gemäht ist. „Wir wurden regelrecht gejagt.“

Die Bundespolizei ist ein klarer Widerspruch zum Grundgesetz: „Polizei ist Ländersache“. Sie ist ein Verstoß gegen das Gebot der Alliierten, die dies in ihren Polizeibriefen so festgelegt haben. Entstanden ist sie aus dem Bundesgrenzschutz, der nach der Angliederung der DDR Stück für Stück zur Bundespolizei ausgebaut wurde. Entscheidender Schritt war dabei die Übertragung der Aufgaben der Bahnpolizei, wodurch der Weg „weg von den Grenzen“ auf das komplette Land vollzogen wurde. Dabei handelt es sich um eine paramilitärische Einheit, die im Ausland wie die Bundeswehr eingesetzt wird, womit das Parlament umgangen wird: Für den weltweiten Einsatz der Bundespolizei benötigt es keinen Bundestagsbeschluss, sondern lediglich das Ja des Innenministers.

Erst nachdem diese Bundespolizei komplett unter dem Firmenschild „Bundesgrenzschutz“ aufgestellt war, wurde das Bundespolizeigesetz zum 1.8.2005 verabschiedet und die Schilder ausgewechselt. Im Grundgesetz steht im Übrigen weiterhin kein Wort von der Bundespolizei.

Der Umbau des Staates seit 1990



Bundespolizei und Bundeswehr wiederum wurden weiter zusammen geschoben mit den Geheimdiensten in den sog. Lage- und Führungszentren, die seit 2004 aufgebaut werden und die Trennung von Polizei- und Geheimdienst zur Farce machen. Das heißt: Genau das, was mit dem Trennungsgebot verhindert werden sollte, eine neues Reichssicherheitshauptamt mit einer Geheimdienst und Polizei vereinigen den Geheimen Staatspolizei, genau das wird hier wieder wörtlichst unter ein Dach gebracht.

Heribert Prantl spricht nicht zufällig von der Gefahr eines Bundessicherheitshauptamtes.

In der Broschüre von Verdi „Je mehr Not – desto mehr Notstand“ und dem dort abgedruckten Beitrag der Rechtsanwältin Gabriele Heinecke sind diese Lagezentren beschrieben. Z.B. das Gemeinsame Terrorismus-Abwehrzentrum GTAZ in Berlin Treptow, das im Jahr 2004 gegründet wurde. Über 200 Mitarbeiter vom Bundeskriminalamt, Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Zollkriminalamt und Militärischem Abschirmdienst sowie Vertreter der Landeskriminalämter, der Bundespolizei und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge sind dort beschäftigt. Mitte 2005 wird das Zentrum um eine Informations- und Analysezentrum „Internationaler Terrorismus“

und dem Zuzug weiterer Beamter des Verfassungsschutzes erweitert. Mit der Macht des Faktischen wurde hier an gemeinsamen Projekten und Indexdateien gearbeitet, ehe es überhaupt die dafür notwendige Rechtsgrundlage der Anti-Terror-Datei gab. Seit Dezember letzten Jahre ist sie da.

Diese Anti-Terror-Datei, die – Zitat „Süddeutsche Zeitung“: „erstmal seit der Nazizeit wieder Erkenntnisse von Polizei und Geheimdiensten vereint“ (SZ, 31.3.07), ermöglicht allen in den Zentren vereinigten Organen – insgesamt 38 Staatsorgane – den Zugriff auf die gespeicherten Datensätze. Nach dem Wortlaut des Gesetzes, sind zu speichern:

„Personen, die rechtswidrig Gewalt als Mittel zur Durchsetzung international ausgerichteter politischer oder religiöser Belange anwenden oder eine solche Gewaltanwendung unterstützen, vorbereiten befürworten oder durch ihre Tätigkeit vorsätzlich hervorruhen“.

Es ist ein Leichtes, in der BRD einen Streik zur „rechtswidrigen Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Belange“ zu erklären. Wir haben in der BRD kein schriftlich verankertes Streikrecht sowie eine – wenn auch relativ alte – Rechtsprechung gegen das politische Streikrecht. So hat z.B. der Arbeitgeberpräsident Hundt Anfang dieses Jahres die Streiks gegen die Rente mit 67 als verfassungswidrige Gewalt bezeichnet. (Und bei dem von Arbeitgeberpräsident Hundt vertretenen Personenkreis handelt es sich ja nicht um irgendeine einflusslose Randgruppe der Gesellschaft – zumindest noch nicht ...)

Nach dieser Rechtsauffassung gehören alle Metaller, die im Dezember und Januar gestreikt haben, in die Anti-Terror-Datei. Auch all diejenigen, die die Streiks unterstützt oder befürwortet haben. Und, weil's noch nicht genug ist, auch jeder, der einen kennt, der rechtswidrig Gewalt befürwortet – selbst wenn er das gar nicht weiß. Jede Kontaktperson darf nämlich ebenso gespeichert werden.

Wie viele bereits jetzt unter diese Kriterien fallen, spricht Bände. Nach Polizei-Einschätzung gibt es in der BRD etwa 100 „Gefährder“. Allein in der nachrichtendienstlichen Verbunddatei sind aber 1.035.514 Datensätze, in der BKA-Datei Innere Sicherheit sind 1.451.605 Datensätze. Allein diese bei-

den Dateien ergeben 2,5 Millionen Terrorverdächtige. Bei ca. 40 Millionen Erwachsenen zwischen 20 und 60 – jeder 16. – aber ich kann Euch versichern, in diesem Saal sind es noch einige mehr.

Dies ist jetzt nur ein Aspekt von einem Gesetz. Allein über dieses Gesetz und seine weiteren skandalösen Aspekte kann problemlos ein Abend gefüllt werden. Doch inzwischen gibt es fast täglich solche Gesetze, die jedes einzelne problemlos einen eigenen Abend füllen würden. Gesetze, die nur noch darin bestehen, bereits geschaffene Fakten zu beschreiben und den Fakten den Stempel der Legalität aufzudrücken. Eine Flut von Gesetzen, die im übrigen nicht einmal mehr von den Abgeordneten überblickt werden. Auch so kann man ein Gesetzgebungsverfahren ad absurdum führen und damit aushebeln. Oder es gibt ganze Bereiche wie die Heimatschutzkommandos, die gleich gar nicht mehr den Parlamenten vorgelegt werden. Die Bundeswehr macht das einfach so, und welcher Landrat in der BRD würde der Bundeswehr die Zusammenarbeit verweigern.

Wie schnell man mit Spähpanzern und Tornados konfrontiert werden kann, haben die Kolleginnen und Kollegen gesehen, die nach Heiligendamm gefahren sind.

Wie schnell es wirklich jeden Kollegen an seinem Arbeitsplatz treffen kann, erfuhrt der Kollege Armin Bauer, der Betriebsrat draußen am Münchner Flughafen bei einem Auftragnehmer der Lufthansa war.

Der Kollege Armin Bauer (Name auf Wunsch des Kollegen geändert) ist Lagerarbeiter und arbeitet seit vielen Jah-

ren am Flughafen München bei der Firma CXX. Er ist Mitglied des Betriebsrats und dessen stellvertretender Vorsitzender. Eines Tages flattert ihm ein Schreiben der Regierung von Oberbayern ins Haus: Im Rahmen der Zuverlässigkeitsüberprüfung gemäß § 29 d LuftVG (Wiederholungsüberprüfung) sei die Erkenntnis zu Tage getreten, dass er vor mehr als 20 Jahren als Aktivist einer im bayerischen Verfassungsschutzbericht genannten Organisation aufgetreten sei. Weiter heißt es wörtlich: „Des weiteren liegen uns geheimhaltungsbedürftige Erkenntnisse vor, die Ihnen nicht offenbart werden dürfen. Das Ergebnis der Zuverlässigkeitsüberprüfung kann unter Umständen zur Folge haben, dass Ihnen die o.g. Zutrittsberechtigung entzogen wird.“ Er solle binnen 14 Tagen Stellung nehmen. Die von Verdi beauftragte Rechtsanwältin fordert die „geheimhaltungsbedürftigen Erkenntnisse“ an, um Stellung nehmen zu können. Daraufhin antwortet die Regierung von Oberbayern: „Weitere Angaben zu den die Zweifel an der Zuverlässigkeit Ihres Mandanten begründenden Erkenntnissen können wir nicht machen“. Kurz darauf erreicht ihn tatsächlich der Bescheid über den Entzug der Zugangsberechtigung. Der Kollege darf ab sofort seinen Arbeitsplatz nicht mehr betreten. Von der Lufthansa, für die Firma CXX arbeitet, erhält er ein Hausverbot für den kompletten Flughafen. Die Firma CXX kündigt ihn fristlos. Die Betriebsratssitzungen müssen außerhalb des Flughafens stattfinden. Die Kollegen, die ihn gewählt haben, darf er nicht mehr während der Arbeit aufsuchen.

Im Eilverfahren erreicht die Rechtsanwältin, dass der sofortige Vollzug des Entzugs der Zutrittsberechtigung aufgehoben wird. Die Lufthansa aber bleibt bei ihrem Hausverbot bis zum Ende des Hauptverfahrens. Auch dagegen wird eine einstweilige Verfügung durchgesetzt und schließlich nach fast einem halben Jahr kann der Kollege wieder seinen Arbeitsplatz betreten. Doch die Lufthansa entzieht der Firma CXX den Werk-Auftrag, die bald darauf schließt. Zwar wird im Hauptsacheverfahren der Entzug der Zutrittsgenehmigung für rechtsunwirksam erklärt, doch der Kollege hat keinen Arbeitsplatz mehr. Die Klage gegen die Firma CXX auf entgangenen Lohn wird abgewiesen, da kein Annahmeverzug vorgelegen habe – es war ja die Regierung Oberbayern, die die Zutrittsgenehmigung entzog und die Lufthansa, die das Hausverbot erteilte.

Mit viel Glück findet der Kollege einen neuen Arbeitsplatz.

Soweit die Geschichte des Kollegen Armin Bauer. Sie zeigt uns: Alle Kolleginnen und Kollegen sind vom Staatsumbau betroffen und viele Kolleginnen und Kollegen im Verdi-Organisationsbereich noch doppelt, weil sie zugleich die Ausführenden in Verwaltung, Schulen, Sozialbehörden, sind oder direkt in der Arbeit betroffen sind, wie die Beschäftigten bei Post und Telekom, im Verkehr, einfach in allen Bereichen, die zu sicherheitsrelevanten Bereichen erklärt werden.

Es ist deswegen dringendst notwendig, dass wir eine kontinuierliche Aufklärungsarbeit in den Betrieben machen. So wie die Gewerkschaften gegen

Dokumentiert aus Wikipedia:

Zivil-Militärische Zusammenarbeit in Deutschland

Wichtige Rechtsgrundlagen für die Zivil-Militärische Zusammenarbeit in Deutschland sind der Artikel 35 des Grundgesetzes sowie das Zivilschutzgesetz.

Die Zivil-Militärische Zusammenarbeit der Bundeswehr (ZMZ Bw) ist ein eigenständiger Aufgabenbereich innerhalb der Bundeswehr. ZMZ Bw umfasst alle Maßnahmen, Kräfte und Mittel, welche die Beziehungen zwischen Dienststellen der Bundeswehr auf der einen Seite und zivilen Behörden sowie der Zivilbevölkerung auf der anderen Seite regeln, unterstützen oder fördern. Dies gilt sowohl innerhalb Deutschlands als auch bei Einsätzen der Bundeswehr im Ausland. ZMZ Bw schließt die Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen und anderen nicht-staatlichen Organisationen sowie internationalen Organisationen ausdrücklich ein.

Die Bundeswehr verfügt für die Zivil-Militärische Zusammenarbeit in jedem Bundesland über ein Landeskommmando (LKdo) als Ansprechpartner. In den Landkreisen und kreisfreien Städten existieren darüber hinaus Bezirksverbindungskommandos (BVK) und Kreisverbindungskommandos (KVK), die mit erfahrenen und ortskundigen Reservisten besetzt sind. Geführt werden

die Verbindungskommandos durch Beauftragte der Bundeswehr für die Zivil-Militärische Zusammenarbeit – kurz BeaBwZMZ.

Die Aufgaben des BeaBwZMZ bestehen primär in der Beratung der zivilen Entscheidungsträger über die Verfahren der Anforderung, über Möglichkeiten, aber auch über Grenzen der Unterstützung der Bw in der Amts- und Katastrophenhilfe. Die BeaBwZMZ mit ihren BVK/KVK stellen ein sehr wichtiges Element im neuen territorialen Netzwerk der Bundeswehr dar, da sie eine entscheidende Rolle in der Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Regierungsbezirken und Landkreisen bzw. kreisfreien Städten bei der gemeinsamen Katastrophenabwehr wahrnehmen.

16 Standorte der Bundeswehr gelten als sogenannte ZMZ-Stützpunkte beziehungsweise Spezialstützpunkte. Von diesen sind fünf mit Pioniergerätschaften ausgestattet, neun mit medizinischer Ausrüstung und zwei mit Ausrüstung zur ABC-Abwehr:

- ZMZ-Stützpunkte mit Pionierfähigkeiten
 - Havelberg, Sachsen-Anhalt – Pionierbataillon 803
 - Marienberg, Sachsen – Panzergrenadierbataillon 371
 - Husum, Schleswig-Holstein – Spezialpionierbataillon 164
 - Speyer, Rheinland-Pfalz – Spezialpionierbataillon 464

- Viereck, Mecklenburg-Vorpommern – Panzergrenadierbataillon 411
- ZMZ-Stützpunkte mit sanitätsdienstlicher Ausrüstung
 - Seeth, Schleswig-Holstein (derzeit Breitenburg) – Lazarettregiment 11
 - Rennerod, Rheinland-Pfalz – Lazarettregiment 21
 - Berlin – Lazarettregiment 31
 - Ulm, Baden-Württemberg (derzeit Horb) – Lazarettregiment 41
 - Schwanewede, Niedersachsen (derzeit Fürstenau) – Sanitätsregiment 12
 - Ahlen, Nordrhein-Westfalen (derzeit Hamm) – Sanitätsregiment 22
 - Weißenfels, Sachsen-Anhalt – Sanitätsregiment 32
 - Kempten, Bayern – Gebirgssanitätsregiment 42
 - Feldkirchen, Bayern – Sanitätslehrregiment
- ZMZ-Stützpunkte zur ABC-Abwehr
 - Bruchsal, Baden-Württemberg – ABC-Abwehrregiment 750
 - Höxter, Nordrhein-Westfalen – ABC-Abwehrbataillon 7

Darüber hinaus besitzt die Bundeswehr ein CIMIC-Zentrum in Nienburg/Weser (Niedersachsen), an dem insbesondere Spezialisten für Auslandseinsätze zur Verfügung stehen.

■

die Notstandsgesetze mobilisiert haben. Damals hieß die Losung: Gegen den Notstand der Demokratie.

Geht man auf die Wikipediaseite „Notstandsgesetzgebung“, so liest man dort:

„Die Notstandsgesetzgebung ist die Art, wie in einem Notstand Gesetze, abweichend vom normalen Weg, erlassen werden können ...

Allerdings besteht dabei die Gefahr, dass der Notstand zur Regel wird, und damit der normale Weg der demokratischen Gesetzgebung ausgehebelt wird. Man spricht dann vom Notstand der Republik.“

Kolleginnen und Kollegen, lasst uns dies tun. Lasst uns die Dinge beim Namen nennen – Lasst uns sprechen vom Notstand der Republik.

Hedwig Krimmer, Gewerkschaftssekretärin, Verdi Bayern Fachbereich 10, Postdienste Speditionen Logistik, 10. Juli 2007, hedwig.krimmer@verdi.de

Polens Linke in Zeiten der politischen Krise

Suche nach Auswegen

Von Holger Politt

1. Zu den aktuell wichtigsten innenpolitischen Aufgaben der linken bzw. linksgerichteten Kräfte Polens gehört zweifellos die Verteidigung der geltenden demokratischen Verhältnisse. Das rechtskonservativ dominierte Regierungslager und die rechtsliberale Opposition liebäugeln seit 2005 mit der Option, das Verhältniswahlrecht in ein System zu überführen, in dem möglichst nur noch zwei politische Optionen oder Blöcke sich durchsetzen könnten. Der unabwendbare Niedergang der bis dahin die linke Seite fast uneingeschränkt beherrschenden SLD schien diesem Wunsche entgegenzukommen. Polens Linke sollte nunmehr für immer von den Schalthebeln der Macht ferngehalten werden.

2. Als Antwort auf diese Herausforderung und auf das Ansinnen der Kaczynski-Brüder, den Runden Tisch von 1989 und seine Folgen als einen durchweg faulen Kompromiss zu entstellen, fanden sich die politischen Erben der einstigen Kontrahenten am Runden Tisch in einem Bündnis zusammen, welches unter der Bezeichnung „Die Linke und die Demokraten“ (LiD) künftig zusammenwachsen soll. Sozialdemokratisch gefärbte „Postkommunisten“ und Freidemokraten, die in den 1990er Jahre die einflussreichsten politischen Kräfte waren, orientieren auf ein sozialliberales Lager, welches den Gegnern auf der rechten Seite Paroli bieten kann.

Das Trennende, die gegensätzliche Stellung in den politischen Kämpfen der jüngeren Vergangenheit, soll im Interesse der gemeinsamen politischen Zukunft überwunden werden. In Zeiten, in denen Polens Regierende an allen möglichen und unmöglichen Ecken historisch bedingte Hindernisse erblicken, kein vergeblicher Fingerzeig.

3. Die Kritiker verweisen aber mit Recht darauf, dass „Postkommunisten“ und Freidemokraten ihren politischen Zenit längst hinter sich gelassen haben. Es ist so gesehen auch eine Notgemeinschaft, insbesondere aber für die Freidemokraten, die 2005 das zweite Mal hintereinander nicht ins Parlament einziehen konnten. Sie bringen als Mitgift einen weithin als untadelig geltenden Ruf mit, der noch aus der Zeit der demokratischen Opposition in der Volksrepublik stammt. Ihnen zur Seite steht mit der „Gazeta Wyborcza“ außerdem Polens wichtigste Tageszeitung, ein gleichwohl liberales wie meinungsbildendes Blatt, welches im Zweifelsfall immer als hartnäckiger Gegner der „Postkommunisten“ sich auswies. Die Tageszeitung wird in veränderter politischer Umgebung die bisherige liberale Ausrichtung zu behaupten wissen. Sie wird den Schwerpunkt bis zum Ende der Kaczynski-Zeit stärker auf die Verteidigung bürgerlicher Freiheiten legen.

4. Polens großer politischer Rückkehrer heißt Aleksander Kwasniewski, der Staatspräsident von 1995-2005. Er leitet künftig den Beirat von LiD, in dem u. a. die Vorsitzenden der beteiligten Parteien zusammengeschlossen sind. Er sieht sich als einen Garanten für die demokratische Ausrichtung des Bündnisses und setzt vor allem auf jene Wählerschichten, die sich positiv auf die Zeit zwischen 1990 und 2005 beziehen. Und er rechnet mit einem Potential von 20% der Wählerstimmen. Der Tatsache, dass sein Amtsnachfolger Lech Kaczynski zu einem überraschenden Wahlerfolg kam, weil er öffentlich einen Skandal nannte, wenn nach 16 Jahren Transformation die Hälfte der Bürger des Landes ihrem Einkommen nach nicht über das soziale Minimum kommt, schenkt er wenig Aufmerksamkeit. Nach dem Untergang des osteuropäischen Staatssozialismus, so seine Überzeugung, gäbe es nur wenig Alternative zu dem eingeschlagenen Entwicklungsweg.

5. Während Polens „große Linke“ sichtlich in die Mitte der politischen Landschaft zieht, öffnen sich Räume für Alternativen – etwa für die nichtparlamentarische Linke, die in den zurückliegenden Jahren aus dem Schattendasein nicht herauskam. Ein erster Schritt wurde mit der „Verständigung der Linken“ Ende Juni 2007 unternommen. Bisherige Versuche, Linkskräfte alternativ zur SLD zu einen, scheiterten immer gründlich an inneren Zwistigkeiten oder eigenem Unvermögen. Deshalb

wurde im Vorfeld durch die Organisatoren viel Wert gelegt auf gemeinsame Ziele. An erster Stelle steht die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, die in den Jahren der Transformation und flächendeckenden Privatisierung unter allen Regierungen auf der Strecke geblieben ist. Das 2005 durch die Rechtskräfte geschickt genutzte soziale Argument soll wieder zurückgeholt werden in die Reihen der Linken.

6. Hervorgehoben wurde im Vorfeld feierlich, dass es unter den Linken künftig keine Gegner mehr geben solle. Doch als es um die Frage ging, ob die SLD noch links sei, geriet die „Verständigung“ schnell an ihre Grenzen. LiD – so unüberhörbar die radikale Position – sei doch nichts anderes als der endgültige, wenn auch verschämte Abgesang auf alle linken Positionen. Um die Zehntausenden einfachen Parteimitglieder müsse gerungen, mit der Führung indes dürfe nicht mehr gekungelt werden. Eine unzumutbare Position für jene, die in der „Verständigung“ eher eine Möglichkeit sehen möchten, um die SLD wieder in linkes Fahrwasser zu manövrieren. Unter ihnen sind sehr viele SLD-Mitglieder, die trotz Mitarbeit in der „Verständigung“ ihrer Partei die Treue halten möchten.

7. Mit den ersten Schritten der „Verständigung“ wurden auffallende Defizite sichtbar: Keine einzige der linksgerichteten Jugendorganisationen war vertreten. Emanzipatorische Initiativen, Vertreter globalisierungskritischer Zusammenhänge sitzen nicht mit am Tisch, an dem künftig Entscheidungen fallen sollen. Frauen sind in erdrückender Minderheit. Um wirklich eine Alternative zu LiD auf die Beine zu bringen, bedarf es einer breiten Verankerung in die Gesellschaft hinein. Diese aber steht nach den „wilden“ Jahren der Kaczynski-Herrschaft nicht vor einer revolutionären Situation. Im Gegenteil – die Sehnsucht zielt auf „europäische“, also „normale“ Verhältnisse und auf absehbare Zukunft.

Eine Schlüsselrolle kommt den OPZZ-Gewerkschaften zu. Da „Solidarnosc“ sich bereits frühzeitig für das „solidarische Polen“ der Kaczynski-Brüder entschieden hat, steht die zweite große Zentrale in besonderer Verantwortung. Frühzeitig wurde das LiD-Projekt ob seines wirtschaftspolitischen Einschlags kritisiert. OPZZ wäre folglich ein natürlicher Bündnispartner für die „Verständigung“. Sie könnte etwa eine entscheidende Brücke zur SLD sein, die bisher immer mit der stillen Unterstützung durch die OPZZ-Gewerkschafter rechnen konnte. Einstweilen aber hält sich die Gewerkschaft auffallend zurück, wofür es genügend einsehbare Gründe gibt.

Dokumentiert aus: <http://www.rosalux.de/index.php?id=13723>

Linke Sommerschule 2007 2. bis 5. August in Erfurt

Kurs Wirtschaft:

Internationaler Handel, internationale Arbeitsteilung und Währungspolitik. 1. Aus der europäischen Wirtschaftsgeschichte. 2. Ökonomische Tatbestände zum internationalen Handel. 3. Währung / Währungsraum / Währungspolitik – Wirtschaftsmacht und staatliche Politik. 4. Die Staatspolitik der BRD zur internationalen Wirtschaftsordnung

Kurs Kulturwissenschaften:

Gesellschaft und Gemeinschaft. Wir lesen Texte u.a. von Ferdinand Tönnies, Karl Marx, Max Weber, Theodor Adorno, John Rawls, Richard Sennett sowie aus dem Buch Faschismus und Ideologie.

Genauere Beschreibungen der beiden Kurse siehe Politische Berichte 13/07

Allgemeine Informationen:

Die Sommerschule findet vom **2. bis 5. August** in der Thüringer Landeshauptstadt Erfurt statt, Beginn am 2. August um 14 Uhr, Ende nach Absprache am Sonntagvormittag. Wir tagen wie zuletzt in der Jugendherberge Hochheimer Straße, und übernachten 3 Minuten entfernt in der Jugendherberge Klingenstr.

Adresse: HJ Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstr. 4, 99094 Erfurt, Tel. (03 61) 5 62 67 05. Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 5 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen, von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg. Autofahrer nehmen die Abfahrt Erfurt-West, dann die B4 bis zum Stadtring, biegen dann links in die Schillerstraße (B7) und achten auf die Ausschilderung JH.

Die Kosten für Übernachtung plus Halbpension betragen zuletzt 26 Euro/Tag und Person. Am Anreisetag wird es ein Abendessen, an den beiden folgenden Tagen jeweils ein Mittagessen geben.

24./25. August. Hessen. Landesparteitag Die Linke.

2. September. Schleswig-Holstein. Landesparteitag Die Linke.

8./9. September. Niedersachsen. Landesparteitag Die Linke.

15. September. Berlin. Bundesweite Demonstration: Frieden für Afghanistan - Keine Verlängerung der Bundeswehrein-sätze! Näheres: www.afghanistandemo.de

15./16. September. Nordrhein-Westfalen und Bayern. Landesparteitag Die Linke.

28./29. September. 72. Parteitag der CSU, Vorstandswahlen.

30. September bis 6. Oktober. Leipzig. 2. Bundeskongress der Gewerkschaft Verdi.

20. Oktober. Baden-Württemberg. Landesparteitag Die Linke.

26 bis 28. Oktober. Hamburg. SPD Bundesparteitag. Vorstandswahlen und Beschluss über ein neues Programm.

4. bis 10. November. Leipzig. 21. ord. Gewerkschaftstag der IG Metall.

7. bis 9. November. Potsdam. Bundestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.: Ist soziale Integration noch möglich? Die Wohnungslosenhilfe in Zeiten ge-

sellschaftlicher Spaltung. Nähere Info: www.bagw.de.

22. bis 25. November. Hamburg. 1. Bildungspolitische Konferenz der Partei Die Linke.

23. bis 25. November. Nürnberg. Bündnis 90/Die Grünen, Bundesdelegiertenkonferenz.

24. November. Berlin. Beratung der BundesAG Kommunalpolitik der Partei Die Linken.

25. November. Prag. II. Kongreß der Europäischen Linkspartei.

2. bis 4. Dezember. Hannover. CDU: 21. Parteitag (Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms)

Hinweis – Sommerpause:

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 23. August.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Ter-min	Wahl-periode
2008	Januar	Hessen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Januar	Niedersachsen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Febr.	Hamburg	Land/Kom.	24.2.	4 Jahre
	März	Bayern	Kommunal	2.3.	6 Jahre
	Mai	Schleswig-Holstein	Kommunal	25.5.	5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
2009	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Bundesversamml.	Bundesprä-s		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemb.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html